



Klaus-Rainer Martin

Die christlichen Kirchen der EU und die Situation der Flüchtlinge

Herzlosigkeit ist der größte Herzfehler

Anmerkung

Dieser Bericht kann bei vielen Online-Shops (z.B. Amazon, BookRix) kostenlos als E-Book unter ISBN 978-3-7396-5247-4 heruntergeladen werden. E-Books kann man nicht nur mit einem Reader, sondern auch mit einer entsprechenden App (Anwendungssoftware) z.B. „Digital Edition“ von Adobe (kostenlos) auf PCs, Laptops, Notebooks, Tablets oder Smartphones lesen. Es wird jedoch um eine Spende für ein regionales Flüchtlingshilfswerk gebeten.

Vorbemerkungen

Die großen Kirchen der Bundesrepublik Deutschland haben eindeutig Stellung zur Lage der Flüchtlinge vor den Grenzen Europas bezogen und geben den unzähligen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern Hilfen und stärken ihnen den Rücken. So sagte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in seiner Stellungnahme vom 22.01.2016

*„Die enormen Anstrengungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen, die bereits geleistet wurden, sind Ausdruck einer Gesellschaft, deren Werte in ihren Wurzeln tief in der christlichen Tradition verankert sind. Der Satz Jesu **„Alles nun, was ihr wollt, dass euch die Menschen tun, das tut ihnen auch“** (Matthäus 7, 12) aus der Bergpredigt formuliert einen Grundsatz der Empathie, der weit über die christliche Tradition hinaus anerkannt wird. Empathie darf nicht unter dem Eindruck einer belastenden Situation zur Disposition gestellt werden. Geben wir die Empathie auf, geben wir die Menschlichkeit auf. ...*

Die EKD fordert eine europäische Lösung. Sie trägt hierzu durch ihre Kontakte zu den anderen Kirchen Europas bei. Menschlichkeit kann nur gemeinsam gedacht werden und gelingen. Chancen und Lasten der Aufnahme von Schutzsuchenden müssen gemeinsam getragen werden. ...

Die EKD wendet sich gegen die Vorstellung einer Abschottung Europas. Wir würden unsere eigenen Werte verraten, wenn wir einen solchen Weg gingen. Unser Verantwortungshorizont endet nicht an den eigenen Grenzen. Lösungswege sind die Beseitigung der Fluchtursachen, die zugesagte Unterstützung der Nachbarländer in Krisenregionen, die Verbesserung der Bedingungen in den Flüchtlingslagern und geordnete Aufnahmeverfahren. ...

Zweifellos ist die Situation in Deutschland und in Europa ernst. Es wäre aber schädlich, sie schlechter und instabiler zu reden, als sie ist. Die Stabilität der staatlichen Institutionen ist hoch. Ebenso hoch ist in der Bevölkerung die Bereitschaft, sich den Herausforderungen zu stellen und sich auch persönlich zu engagieren.“

Ebenso eindeutig ist die Haltung der katholischen Kirche. In einer Veröffentlichung der Deutschen Bischofskonferenz vom 16.08.2015 heißt es:

Prominente Vertreter der katholischen Kirche in Deutschland haben am Wochenende zu einem anderen Umgang mit Flüchtlingen aufgerufen. „Wer deutschen Boden betritt, soll menschenwürdig und gerecht behandelt werden“, forderte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, am Wochenende in München: „Dafür wollen wir uns als Christen einsetzen.“

Mit deutlichen Worten wandte sich auch der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick gegen jede Form der Fremdenfeindlichkeit: „Es ist eine Schande, dass Deutsche Flüchtlingsheime anzünden und 'Ausländer raus' gegen Flüchtlinge schreien“, sagte er am Sonntagmorgen in Bamberg.

Schick, der als Vorsitzender der Kommission Weltkirche auch so etwas wie der „Außenminister“ der Deutschen Bischofskonferenz ist, appellierte an die politischen Verantwortungsträger, „alles zu tun, um die Ursachen für Flucht wie Krieg, Rassenkonflikte oder Armut zu beseitigen“. Dieser wichtigen Aufgabe müsse sich auch die Kirche stellen.

Kardinal Marx rief dazu auf, in den Anstrengungen für die Unterbringung für Flüchtlinge nicht nachzulassen. Zugleich dankte er allen Menschen in Politik, Pfarreien, Orden und Caritas, die sich für dieses Ziel engagierten. Der Erzbischof von München und Freising verwies darauf, dass Europa und Deutschland keine Insel seien. „Wir spüren, dass um Europa herum die Sorgen und Bedrängnisse groß und die Probleme nicht einfach zu lösen sind.“ Es gebe „turbulente und schwierige Situationen, die Gefahr ist größer als in den vergangenen Jahrzehnten“. Deshalb brauche es eine große Solidarität. So müssten in den unter Krieg und Destabilisierung leidenden Ländern Verhältnisse geschaffen werden, in denen Menschen leben könnten. „Dafür brauchen wir einen langen Atem“, so Marx.

Auch die deutschen Freikirchen lassen ihre Mitglieder nicht im Unklaren:

Im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention unterstützen die Freikirchen in Deutschland den Schutz von politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen und deren Recht auf Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen. Die aktive Ansprache der Aufnahmebegehrenden erfolgt durch die Ortsgemeinden, ...

Gemäß dem "Mission Statement" der Freikirche weltweit nehmen sie ihre christliche Verantwortung wahr, „für Menschen und Volksgruppen da zu sein, die am stärksten durch Armut, Unglück, Hoffnungslosigkeit und Krankheit betroffen sind“. Dies gilt ohne Ausnahme für alle Menschen, unabhängig von der ethnischen Herkunft, dem Geschlecht, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, dem Alter oder der sexuellen Identität.

Im Evangelium wird Gott zum Menschen. Diese Solidarität Gottes verpflichtet alle gläubigen Christen, sich ausnahmslos jedem Menschen zuzuwenden, der Hilfe braucht. Deshalb sprechen sich die Freikirchen ausdrücklich gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit aus.

Ebenso hat die orthodoxe Kirche in Deutschland in einer Stellungnahme die Hilfe für Flüchtlinge befürwortet:

**Vom „Willkommen“ zur Integration
Wort der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland (OBKD)**

zur Ankunft der Flüchtlinge in unserem Land

„Ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen“ (Mt 25,35)

Als Orthodoxe Bischöfe in Deutschland danken wir allen unseren Gläubigen und allen Menschen guten Willens, die in den vergangenen Wochen und Monaten tatkräftig bei der Aufnahme der Flüchtlinge in Deutschland geholfen haben. Diese tätige Nächstenliebe ist eine Selbstverständlichkeit, da sie dem Gebot unseres Herrn und Erlösers Jesus Christus entspricht.

Die Aufnahme so vieler Asyl- und Hilfesuchender stellt sicherlich eine große Herausforderung für unser Land und ganz Europa, aber auch für jeden Einzelnen von uns dar. Als Orthodoxe Kirche in Deutschland, deren Gläubige mehrheitlich einen Migrationshintergrund besitzen, wissen wir auch um die Bedeutung der Begrüßung, aber auch der Integration in der hiesigen Gesellschaft, welche der nächste Schritt und das Ziel jeder Aufnahme neu hinzukommender Menschen hierzulande sein muss. Anders gesagt: aus der so genannten „Willkommenskultur“ muss eine „Integrationskultur“ werden. Sprachkenntnisse, Bildung, Integration in den Arbeitsmarkt und allgemein in die Wertegesellschaft unseres Landes sind nur einige Stichworte, die wir hier nennen.

Unter den Flüchtlingen, die sich nach Deutschland aufgemacht haben, sind auch zahlreiche orthodoxe und orientalisch-orthodoxe Christen, deren Vorfahren seit rund 2000 Jahren in Treue zu ihrem Glauben und ihrer Tradition in der Heimat gelebt haben. Angesichts von Krieg, Verfolgung und Terror haben sie diese verlassen und stehen nun hier vor einem Neuanfang. In besonderer Weise heißen wir sie willkommen und ermutigen sie, diesen Weg der Integration mutig zu gehen.

Die Orthodoxe Bischofskonferenz verurteilt in aller Schärfe jede Form von Rassenhass und Ausländerfeindlichkeit, ebenso wie jede Einschüchterung und Übergriffe gegenüber Christinnen und Christen durch andere radikalisierte Flüchtlinge, über die uns Berichte erreichen.

Möge unser Herr Jesus Christus, der selbst Flüchtling vor den Machthabern dieser Welt war, alle segnen: die ankommenden Flüchtlinge und alle, die ihnen haupt- und ehrenamtlich helfen.

Doch nicht alle Christen in Deutschland teilen solche Auffassungen. So diskutierte ich während eines Aufenthalts in der Oberlausitz im März 2016 mit einem pensionierten evangelischen Pfarrer aus einer Kirchengemeinde in der Nähe Bautzens und unmittelbar vor den Toren Herrnhuts.

Man erinnere sich: In Bautzen wurde in der Nacht vom 20. zum 21. Februar ein Asylbewerberheim unter dem Beifall von Schaulustigen ein Opfer der Flammen.

Der Bundespräsident Joachim Gauck wurde bei seinem Besuch in Bautzen am 11. März 2016 von einigen als „Volksverräter“ beschimpft. – Beim letzten Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR Erich Honnecker hat niemand den Versuch gewagt, ihn als „Volksverräter“ zu beschimpfen! Er wäre wohl im berüchtigten Bautzener Gefängnis „Gelbes Elend“ gelandet.

Von der Herrnhuter Brüdergemeinde kommen seit 1728 die biblischen Losungen für jeden Tag. Sie sind in 61 Sprachen übersetzt und werden von vielen Millionen Christen in aller Welt gelesen. - Die Losung für den 10. März 2016, dem Tag, an welchem ich die Diskussion führte, lautete: „Wie sollte ich ein so großes Unrecht tun und wider Gott sündigen?“ (1. Mose 39,9).

Dieser Pastor sagte in dem Diskussionsgespräch: „Wir teilen nicht die Auffassung der EKD ... Die Flüchtlinge muslimischen Glaubens sollten bei ihren muslimischen Glaubensbrüdern in den arabischen Staaten Zuflucht suchen und nicht bei uns in Europa ...“ Ich war sprachlos und konnte nur noch erwidern, dass ich das Gebot Jesu „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ anders verstehe.

Ein anderer Pastor sagte zu mir: „Bei Pegida marschieren nicht nur rechte Chaoten. Es gehen auch Christen aus unserer Gemeinde mit.“ Ich konnte nicht mehr weiter diskutieren. Unwillkürlich musste ich an die Fernsehbilder von einer Pegida-Demonstration in Dresden denken. Dort sah man einen Demonstranten mit einem Kreuz. Das war in den Farben schwarz-rot-gold angestrichen. Das sind die heutigen Deutschen Christen, ging mir durch den Kopf. Und ich musste an das alte deutsche Sprichwort denken: „Herzlosigkeit ist der größte Herzfehler.“ – Das trifft nicht nur für manche Regierungen und Menschen der EU-Staaten zu, sondern auch für manche ihrer christlichen Kirchen.

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland begrüßte auf seiner Flüchtlingskonferenz am 2. Februar 2016 die Haltung der deutschen Regierung und der Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland zur Flüchtlingspolitik und erklärte sich bereit, aktiv an den Aufgaben zur Integration von Flüchtlingen in die deutsche Gesellschaft mitzuwirken. Doch es gibt in Deutschland eine unübersichtliche Zahl von muslimischen Organisationen, Moscheenvereinen und Kulturvereinen, wie z.B. die Türkisch-Islamische Union (DITIB). Damit lässt sich nur schwer ermitteln, wie die Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime und ihre Vereinigungen zur deutschen Flüchtlingspolitik stehen.

Über die Frage, ob die christlichen Kirchen der EU-Staaten ihre Mitglieder und die gesamte Bevölkerung selbst dann, wenn ihre Regierung die Aufnahme von Flüchtlingen schroff ablehnt, zu Humanität und Nächstenliebe aufrufen, oder sich stillschweigend zu ihren Regierungen loyal verhalten, erfährt man nur sehr wenig. Da die Informationen der öffentlichen Medien darüber, welche Meinungen die Kirchen der anderen EU-Staaten zur aktuellen Situation der Flüchtlinge vertreten, sehr spärlich sind, habe ich in mühevoller Kleinarbeit und Suche im Internet deshalb versucht, das zu ermitteln. Es war nicht einfach, an Informationen zu gelangen. Häufig sind die obersten Kirchenleitungen in ihren Äußerungen mehr als zurückhaltend. Und außerhalb der Landesgrenzen ist nur wenig zu erfahren. Doch Gemeindeglieder und viele Menschen in den meisten Staaten der EU verhalten

sich häufig weniger zurückhaltend. Sie packen an, sie helfen, sie üben Nächstenliebe. Zum anderen kann die Darstellung nur eine „Momentaufnahme“ darstellen. Die Situation stellte sich im September 2015 völlig anders dar, als nach den Vereinbarungen zwischen der EU und der Türkei am 18. März 2016. Zudem sind die Zahlen sehr ungenau, da viele Flüchtlinge z.B. Deutschland als Transitland auf ihrer Flucht nach Skandinavien nutzten oder auf ihrem Weg doppelt oder gar nicht registriert wurden. – Doch für die Helferinnen und Helfer steht nicht die Zahl, sondern das Schicksal der Menschen, ihr Leid, der Verlust der Heimat im Vordergrund.

Der interessierten Leserin, dem interessierten Leser seien im Folgenden die Ergebnisse meiner Erkundungen vorgestellt.

Klein Wesenberg, im Mai 2016

Klaus-Rainer Martin

1. Überblick über die Staaten der Europäischen Union (EU)

Die Europäische Union hat nach dem Stand vom April 2016 insgesamt 28 Mitgliedsländer. In denen werden 24 Sprachen gesprochen. Viele in der Aufstellung gemachten Zahlenangaben sind sehr ungenau, denn sie stammen aus Volkszählungen unterschiedlicher Jahre in den verschiedenen Staaten. Außerdem wird nicht in jedem Staat die Religionszugehörigkeit abgefragt. In diesen Fällen wurden die Eigenangaben der jeweiligen Religionsgemeinschaften herangezogen.

Belgien (Gründungsmitglied und seit 1958 Mitglied der EU)

11.150.500 Einwohner, davon
75,0 % (ca. 8.362.000) römisch-katholische Christen
8,0 % (ca. 892.000) Muslime
1,0 % (ca. 112.000) vereinigte protestantische Kirche
0,5 % (ca. 56.000) Juden
0,5 % (ca. 56.000) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
15,0 % (ca. 1.672.500) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 11.150.000)

Bulgarien (seit 2007 Mitglied der EU)

7.202.000 Einwohner, davon
76,0 % (ca. 5.466.070) orthodoxe Christen
12,2 % (ca. 879.000) Muslime
1,1 % (ca. 79.200) protestantische Christen
0,8 % (ca. 57.600) römisch-katholische Christen
0,1 % (ca. 7.200) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
0,01 % (ca. 650) Juden
9,89 % (ca. 712.280) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 7.202.000)

Dänemark / einschl. Grönland und Färöer (seit 1973 Mitglied der EU)

5.567.000 Einwohner, davon
80,0 % (ca. 4.484.540) protestantisch (Ev. Lutherische Dänische Volkskirche)
3,0 % (ca. 167.000) Muslime
2,9 % (ca. 161.000) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
2,0 % (ca. 111.000) Juden
0,6 % (ca. 3.460) römisch-katholische Christen
11,5 % (ca. 640.000) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 5.567.000)

Deutschland (Gründungsmitglied und seit 1958 Mitglied der EU)

81.900.000 Einwohner, davon
29,5 % (ca. 24.149.200) römisch-katholische Christen
27,9 % (ca. 22.850.000) protestantische (Lutheraner, Reformierte, Unierte) Christen
5,2 % (ca. 4.258.000) Muslime
1,6 % (ca. 1.300.000) orthodoxe (östlich und orientalisch Orthodoxe) Christen
1,4 % (ca. 1.160.000) Freikirchen u.a. Religionsgemeinschaften
1,2 % (ca. 982.800) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
0,2 % (ca. 200.000) Juden
33,0 % (ca. 27.000.000) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 81.900.000)

Estland (seit 2004 Mitglied der EU)

1.313.000 Einwohner, davon
13,6 % (ca. 178.600) protestantische Christen
12,8 % (ca. 168.000) orthodoxe Christen
3,9 % (ca. 51.200) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten

0,5 % (ca. 6.600) römisch-katholische Christen
0,1 % (ca. 1.300) Juden
0,1 % (ca. 1.300) Muslime
69,0 % (ca. 906.000) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 1.313.000)

Finnland (seit 1995 Mitglied der EU)

5.479.000 Einwohner, davon
77,0 % (ca. 4.219.000) protestantische Christen
1,3 % (ca. 72.000) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
1,1 % (ca. 60.000) orthodoxe Christen
0,4 % (ca. 20.000) Muslime
0,2 % (ca. 10.000) römisch-katholische Christen
0,03 % (ca. 1.500) Juden
19,07 % (ca. 1.168.500) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 5.479.000)

Frankreich (Gründungsmitglied und seit 1958 Mitglied der EU)

66.318.000 Einwohner, davon
51,0 % (ca. 33.822.000) römisch-katholische Christen
8,6 % (ca. 5.700.000) Muslime
3,0 % (ca. 1.980.950) vereinigte protestantische Kirche
1,5 % (ca. 1.000.000) orthodoxe Christen
1,5 % (ca. 1.000.000) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
0,6 % (ca. 600.000) Juden
33,8 % (ca. 22.215.050) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 66.318.000)

Griechenland (seit 1981 Mitglied der EU)

10.816.000 Einwohner, davon
94,5 % (ca. 10.221.000) orthodoxe Christen
1,4 % (ca. 150.000) Muslime
1,1 % (ca. 121.000) römisch-katholische und griechisch-katholische Christen
0,5 % (ca. 50.000) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
0,3 % (ca. 30.000) protestantische (reformiert, evangelikal) Christen
0,05 % (ca. 5.000) Juden
2,15 % (ca. 239.000) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 10.816.000)

Irland (seit 1973 Mitglied der EU)

4.595.000 Einwohner, davon
84,2 % (ca. 3.869.000) römisch-katholische Christen
2,8 % (ca. 129.000) anglikanische Christen
2,1 % (ca. 96.000) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
2,0 % (ca. 92.000) protestantische (reformiert, evangelikal) Christen
2,0 % (ca. 92.000) Juden
1,0 % (ca. 46.000) Muslime
5,9 % (ca. 271.000) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 4.595.000)

Italien (Gründungsmitglied und seit 1958 Mitglied der EU)

60.674.000 Einwohner, davon
85,0 % (ca. 51.561.000) römisch-katholische Christen
3,3 % (ca. 2.002.000) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
2,1 % (ca. 1.294.000) Muslime
2,0 % (ca. 1.187.000) orthodoxe Christen
0,9 % (ca. 548.000) protestantische (Waldenser, Baptisten) Christen
0,8 % (ca. 500.000) Freikirchen u.a. Religionsgemeinschaften
0,07 % (ca. 45.000) Juden
5,83 % (ca. 3.537.000) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 60.674.000)

Kroatien (seit 2013 Mitglied der EU)

4.285.000 Einwohner, davon
88,1 % (ca. 3.775.000) römisch-katholische Christen
4,4 % (ca. 188.000) orthodoxe Christen
1,3 % (ca. 57.000) Muslime
0,3 % (ca. 13.000) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
0,2 % (ca. 8.000) protestantische Christen

5,7 % (ca. 244.000) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 4.285.000)

Lettland (seit 2004 Mitglied der EU)

1.978.000 Einwohner, davon
20,2 % (ca. 402.000) orthodoxe Christen
12,6 % (ca. 250.000) protestantische Christen
5,1 % (ca. 100.000) römisch-katholische Christen
0,5 % (ca. 9.000) Juden
0,4 % (ca. 7.000) Muslime
0,3 % (ca. 5.000) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
60,9 % (ca. 1.205.000) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 1.978.000)

Litauen (seit 2004 Mitglied der EU)

2.885.000 Einwohner, davon
80,0 % (ca. 2.316.700) römisch-katholische Christen
2,1 % (ca. 60.500) protestantische Christen
1,0 % (ca. 28.850) Juden
0,6 % (ca. 17.300) Muslime
0,2 % (ca. 5.700) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
16,1 % (ca. 464.150) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 2.885.000)

Luxemburg (Gründungsmitglied und seit 1958 Mitglied der EU)

563.000 Einwohner, davon
68,7 % (ca. 386.400) römisch-katholische Christen
3,7 % (ca. 21.000) protestantische (reformiert, evangelikal) Christen
1,3 % (ca. 7.300) Muslime
0,7 % (ca. 4.000) orthodoxe Christen
0,6 % (ca. 3.500) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
0,1 % (ca. 600) Juden
24,9 % (ca. 140.200) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 563.000)

Malta (seit 2004 Mitglied der EU)

425.000 Einwohner, davon
98,0 % (ca. 416.650) römisch-katholische und griechisch-katholische Christen
0,6 % (ca. 2.500) Muslime
0,5 % (ca. 2.000) protestantische Christen
0,3 % (ca. 1.300) Juden
0,2 % (ca. 850) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
0,4 % (ca. 1.700) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 425.000)

Niederlande (Gründungsmitglied und seit 1958 Mitglied der EU)

16.901.000 Einwohner, davon
23,3 % (ca. 3.937.000) römisch-katholische Christen
15,0 % (ca. 2.535.000) protestantische (niederländisch-reformiert) Christen
5,5 % (ca. 929.000) Muslime
2,3 % (ca. 389.000) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
0,1 % (ca. 18.000) Juden
53,8 % (ca. 9.093.000) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 16.901.000)

Österreich (seit 1995 Mitglied der EU)

8.700.000 Einwohner, davon
59,9 % (ca. 5.251.400) römisch-katholische Christen
5,5 % (ca. 439.000) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
3,5 % (ca. 304.000) protestantische Christen
2,2 % (ca. 191.400) orthodoxe Christen
0,4 % (ca. 34.800) Muslime
0,2 % (ca. 17.400) Juden
28,3 % (ca. 2.462.000) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 8.700.000)

Polen (seit 2004 Mitglied der EU)

38.486.000 Einwohner, davon
87,0 % (ca. 33.483.100) römisch-katholische Christen

1,3 % (ca. 500.300) orthodoxe Christen
0,5 % (ca. 192.400) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
0,2 % (ca. 76.900) protestantische Christen
0,2 % (ca. 76.900) Juden
0,2 % (ca. 76.900) Muslime
10,6 % (ca. 4.079.500) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 38.486.000)

Portugal (seit 1986 Mitglied der EU)

10.602.000 Einwohner, davon
90,0 % (ca. 9.542.000) römisch-katholische Christen
2,4 % (ca. 254.500) protestantische (reformiert, evangelikal) Christen
2,4 % (ca. 254.500) Muslime
1,2 % (ca. 127.000) orthodoxe Christen
0,6 % (ca. 63.500) Juden
3,4 % (ca. 360.500) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 10.602.000)

Rumänien (seit 2007 Mitglied der EU)

20.122.000 Einwohner, davon
86,7 % (ca. 17.445.200) rumänisch-orthodoxe Christen
6,7 % (ca. 1.348.200) protestantische Christen
5,6 % (ca. 1.127.600) römisch-katholische Christen
0,4 % (ca. 80.400) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
0,3 % (ca. 60.300) Muslime
0,1 % (ca. 20.100) Juden
0,2 % (ca. 40.200) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 20.122.000)

Schweden (seit 1995 Mitglied der EU)

9.747.000 Einwohner, davon
71,3 % (ca. 6.950.000) protestantische Christen
2,7 % (ca. 263.000) Muslime
1,6 % (ca. 156.000) römisch-katholische Christen
1,1 % (ca. 107.200) orthodoxe Christen
0,3 % (ca. 29.200) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
0,1 % (ca. 9.750) Juden
22,9 % (ca. 2.241.600) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 9.747.000)

Slowakei (seit 2004 Mitglied der EU)

5.421.000 Einwohner, davon
77,2 % (ca. 4.185.000) römisch-katholische Christen
7,9 % (ca. 428.250) protestantische Christen
0,9 % (ca. 48.750) orthodoxe Christen
0,4 % (ca. 21.700) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
0,1 % (ca. 5.500) Juden
0,1 % (ca. 5.500) Muslime
13,4 % (ca. 726.300) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 5.421.000)

Slowenien (seit 2004 Mitglied der EU)

2.063.000 Einwohner, davon
57,8 % (ca. 1.192.400) römisch-katholische und griechisch-katholische Christen
3,5 % (ca. 72.200) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
2,5 % (ca. 51.600) Muslime
2,3 % (ca. 47.500) orthodoxe Christen
0,9 % (ca. 18.600) protestantische Christen
33,0 % (ca. 680.700) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 2.063.000)

Spanien (seit 1986 Mitglied der EU)

46.440.000 Einwohner, davon
92,0 % (ca. 42.725.000) römisch-katholische Christen
0,5 % (ca. 232.200) Muslime
0,3 % (ca. 139.300) protestantische Christen
0,3 % (ca. 139.300) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
0,03 % (ca. 13.900) Juden
6,87 % (ca. 3.190.300) konfessionell ungebunden

100,0 % (ca. 46.440.000)

Tschechien (seit 2004 Mitglied der EU)

10.522.000 Einwohner, davon

- 10,3 % (ca. 1.031.650) römisch-katholische Christen
- 3,2 % (ca. 336.700) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
- 0,9 % (ca. 95.000) protestantische Christen (Hussitische Kirche u.a.)
- 0,7 % (ca. 73.700) orthodoxe Christen
- 0,05 % (ca. 5.250) Juden
- 0,04 % (ca. 4.250) Muslime

85,8 % (ca. 8.975.450) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 10.522.000)

Ungarn (seit 2004 Mitglied der EU)

9.909.000 Einwohner, davon

- 54,5 % (ca. 5.400.400) römisch-katholische und griechisch-katholische Christen
- 18,9 % (ca. 1.872.800) protestantische Christen (Calvinisten, Lutheraner)
- 2,2 % (ca. 218.000) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
- 0,2 % (ca. 19.800) orthodoxe Christen
- 0,1 % (ca. 9.900) Juden
- 0,1 % (ca. 9.900) Muslime

24,0 % (ca. 2.378.200) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 9.909.000)

Vereinigtes Königreich Großbritannien (seit 1973 Mitglied der EU)

64.597.000 Einwohner, davon

- 45,0 % (ca. 29.068.700) anglikanische Christen
- 19,0 % (ca. 12.273.400) protestantische (reformiert, evangelikal) Christen
- 10,0 % (ca. 6.459.700) römisch-katholische Christen
- 2,2 % (ca. 1.421.100) Muslime
- 0,5 % (ca. 322.900) Juden

23,3 % (ca. 15.051.200) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 64.597.000)

Zypern (seit 2004 Mitglied der EU)

1.120.000 Einwohner, davon

- 77,0 % (ca. 862.400) orthodoxe Christen
- 21,0 % (ca. 235.200) Muslime
- 1,0 % (ca. 11.200) römisch-katholische und griechisch-katholische Christen
- 0,4 % (ca. 4.500) protestantische Christen
- 0,1 % (ca. 1.100) Juden
- 0,1 % (ca. 1.100) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten

0,4 % (ca. 4.500) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 1.120.000)

insgesamt **Europäische Union (EU)**

509.780.500 Einwohner, davon

- 47,8 % (ca. 243.459.060) römisch-katholische und griechisch-katholische Christen
- 12,0 % (ca. 61.216.240) protestantische Christen
- 7,7 % (ca. 39.419.320) orthodoxe Christen
- 5,7 % (ca. 29.197.700) anglikanische Christen
- 0,3 % (ca. 1.660.000) freikirchliche u.a. Religionsgemeinschaften

73,5 % (ca. 374.952.320) Mitglieder einer christlichen Kirche

- 3,4 % (ca. 17.075.950) Muslime
- 1,3 % (ca. 6.425.250) andere Religionen (z.B. Buddhisten), Sekten
- 0,3 % (ca. 1.716.400) Juden

21,5 % (ca. 109.610.580) konfessionell ungebunden
100,0 % (ca. 509.780.500)

2. Wie viele Flüchtlinge kamen 2014 und 2015 nach Europa

In welchen Ländern halten sich die meisten von ihnen auf? In der Debatte um eine gerechte Verteilung der Asylsuchenden führen absolute Zahlen in die Irre.

Tausende Flüchtlinge kommen jedes Jahr nach Europa und hoffen auf Asyl. 2015 verschärfte sich die Situation. Die meisten Asylbewerber des Jahres 2015 verteilen sich auf einige wenige Länder: Schweden, Italien, Frankreich, Großbritannien, Österreich und Deutschland.

Insgesamt kamen 2014	662.920	Flüchtlinge nach Europa,
davon in die 28 EU-Staaten	625.920,	das sind auf die Bevölkerungszahl umgerechnet:
Deutschland	202.645	= 0,247 %
Schweden	81.180	= 0,833 %
Italien	64.625	= 0,107 %
Frankreich	64.310	= 0,097 %
Ungarn	42.775	= 0,432 %
Vereinigtes Königreich	31.745	= 0,049 %
Österreich	28.035	= 0,322 %
Niederlande	24.495	= 0,145 %
Schweiz*	23.555	= 0,283 %
Belgien	22.710	= 0,204 %
Dänemark	14.680	= 0,264 %
Norwegen*	13.205	= 0,256 %
Bulgarien	11.080	= 0,154 %
Griechenland	9.430	= 0,087 %
Polen	8.020	= 0,021 %
Spanien	5.615	= 0,012 %
Finnland	3.620	= 0,066 %
Zypern	1.745	= 0,156 %
Rumänien	1.545	= 0,008 %
Irland	1.450	= 0,032 %
Malta	1.350	= 0,318 %
Luxemburg	1.150	= 0,204 %
Tschechische Republik	1.145	= 0,011 %
Kroatien	450	= 0,011 %
Litauen	440	= 0,015 %
Portugal	440	= 0,004 %
Slowenien	385	= 0,019 %
Lettland	375	= 0,019 %
Slowakei	330	= 0,006 %
Island*	170	= 0,051 %
Estland	155	= 0,012 %
Liechtenstein*	65	= 0,175 %

EU (28) und Europa inklusive Nicht-EU-Länder ()*

2015 versuchten insgesamt mehr als eine Million Menschen die Einwanderung über das Mittelmeer in die EU. 848.000 kamen in Griechenland an, 153.000 Flüchtlinge landeten in Italien. Etwa 3.735 Menschen starben dabei. In der Summe wagten viermal so viele Menschen wie 2014 die Reise über das Mittelmeer. Fast die Hälfte der Menschen kam aus Syrien, jeder Fünfte stammte aus Afghanistan, 8 % flohen aus dem Irak. Die meisten Flüchtenden wählten dabei die Balkanroute; in den ersten zehn Monaten des Jahres 2015 gelangten so fast 700.000 Menschen von Griechenland nach Zentraleuropa. Die von den eingereisten Asylbegehrenden im Jahr 2015 am stärksten betroffenen Länder waren im Verhältnis zur Bevölkerungsanzahl Ungarn, Schweden und Österreich. In absoluten Zahlen wurde mit großem Abstand am häufigsten in Deutschland ein Asylantrag gestellt. 2015 beantragten 1.294.000 Flüchtlinge Asyl in Europa, davon 476.000 in Deutschland. Die Zahl der im Jahr 2015 tatsächlich nach Deutschland eingereisten Flüchtlinge ist aber deutlich höher, aufgrund des Bearbeitungsrückstaus in den deutschen Asylbehörden konnte nur knapp die Hälfte bereits 2015 einen Asylantrag stellen. Nach Angabe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurden in Deutschland im Jahr 2015 insgesamt 1.091.894 Asylsuchende erfasst. (Quelle: Wikipedia)

Es ist nicht leicht, eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Staaten vorzunehmen. Wonach soll man sich richten, nach der Zahl der Einwohner, nach dem Bruttoinlandsprodukt, nach der Arbeitslosenquote oder nach der Wirtschaftskraft?

Nimmt man die Einwohnerzahl zur Grundlage, wurden im Jahr 2015 je 1.000 Einwohner Flüchtlinge aufgenommen:

Ungarn	= 17,9
Schweden	= 16,9
Österreich	= 10,4
Norwegen	= 6,1
Finnland	= 5,9
Deutschland	= 5,9

Schweiz	=	4,9
Luxemburg	=	4,6
Malta	=	4,3
Liechtenstein	=	4,0
Belgien	=	4,0
Dänemark	=	3,7
Bulgarien	=	2,8
Niederlande	=	2,7
Zypern	=	2,6
Italien	=	1,4
Griechenland	=	1,2
Frankreich	=	1,2
Island	=	1,1
Irland	=	0,7
Großbritannien	=	0,6
Polen	=	0,3
Spanien	=	0,3
Estland	=	0,2
Lettland	=	0,2
Tschechische Republik	=	0,1
Slowenien	=	0,1
Litauen	=	0,1
Portugal	=	0,1
Rumänien	=	0,1
Slowakei	=	0,1
Kroatien	=	0,05

Die EU-Innenminister hatten sich am 22. September 2015 darauf geeinigt, 120.000 Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten zu verteilen. Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Rumänien stimmten gegen die Verteilungsquote. Finnland hat sich enthalten.

Die Visegrád-Gruppe aus Polen, Ungarn, der Slowakei und Tschechien lehnte eine Quotenregelung explizit ab.

Von den 120.000 Flüchtlingen, die in Europa verteilt werden sollen, nimmt Deutschland 31.000 auf.

Die Zahlen zu der geplanten Aufteilung: Die 120.000 Flüchtlinge sollen über zwei Jahre nach festen Quoten verteilt werden. Der Beschluss betrifft zunächst nur 66.000 Flüchtlinge aus den am stärksten betroffenen Staaten Italien und Griechenland fest. Die anderen 54.000, die eigentlich aus Ungarn stammen sollten, werden zu einem späteren Zeitpunkt nach dem selben Schlüssel aufgeteilt.

Von den 66.000 Flüchtlingen kommen 15.600 aus Italien und 50.400 aus Griechenland. Deutschland nimmt davon mit 17.036 Menschen den größten Teil auf. Danach folgen Frankreich (12.962), Spanien (8113), Polen (5082) und die Niederlande (3900). Auf Tschechien und Rumänien entfallen 1591 und 2475. Ungarn muss 1294 aufnehmen. Die Slowakei, die laut ihrem Ministerpräsidenten Robert Fico die Umsetzung der Beschlüsse verweigern will, muss 802 aufnehmen. Kroatien soll 568 Flüchtlinge zugeteilt bekommen.

Die EU schloss am 18. März 2016 mit der Türkei ein Abkommen. Bei einem EU-Gipfel wird nach zweitägigem Ringen der Flüchtlingspakt mit der Türkei gebilligt. Dieser sieht vor, dass illegal nach Griechenland eingereiste Flüchtlinge künftig in die Türkei zurück geschickt werden können. Die Türkei soll von der EU weitere drei Milliarden Euro für die Versorgung syrischer Flüchtlinge im Land sowie politische Zugeständnisse erhalten. Von der Türkei sollen entsprechend dem Verteilungsschlüssel registrierte Flüchtlinge in die EU reisen dürfen. – Ob dieses Abkommen auch außerhalb der EU, z.B. in der UN Anerkennung findet, bleibt abzuwarten. Außerdem drängen viele Staaten der EU darauf, den Schlüssel für die Verteilung erneut zu beraten und neu zu beschließen.

3. Die Aufnahmequoten der EU

Die EU-Staaten hatten im die Verteilung von 160.000 Asylbewerbern in Europa vereinbart. Doch viele Staaten, vor allem die ost- und mitteleuropäischen Staaten sperren sich gegen vereinbarten Asylkompromiss. Ende September 2015 waren allerdings erst 232 Flüchtlinge aus Italien und Griechenland in andere EU-Länder gebracht worden. Und auch in den darauffolgenden Wochen und Monaten änderte sich kaum etwas. Zwar unterstützt die große Mehrheit der EU-Staaten inzwischen die von Brüssel vorgeschlagene Quotenregelung. Doch vor allem Ungarn, Tschechien und die Slowakei, aber auch Rumänien sträuben sich dagegen. Sie möchten am liebsten gar keine Flüchtlinge aufnehmen.

Die EU-Kommission hatte folgenden Verteilungsschlüssel vorgeschlagen:

Deutschland	18,4 % =	29.440
Frankreich	14,2 % =	22.720

Italien	11,8 % =	18.880
Spanien	9,1 % =	14.560
Polen	5,6 % =	8.960
Niederlande	4,4 % =	7.040
Portugal	3,9 % =	6.240
Rumänien	3,8 % =	6.080
Tschechien	3,0 % =	4.800
Schweden	2,9 % =	4.640
Belgien	2,9 % =	4.640
Österreich	2,6 % =	4.160
Die restlichen 16 EU Staaten	17,4 % : 16 = 1,0875 % = je Staat	1.740

So sah der Plan der EU-Kommission aus. Doch jetzt kommt es ganz anders.

Spanien ist gegen den EU-Verteilungsschlüssel. „Ich bin mit den gewählten Kriterien nicht einverstanden“, sagte Außenminister José Manuel García-Margallo. Die Pläne berücksichtigten die Arbeitslosenquoten der Länder nicht ausreichend. Die Arbeitslosigkeit - Spanien hat mit 23 Prozent eine der höchsten Quoten der EU - sei ein entscheidender Faktor für die Aufnahmekapazität eines Landes.

Frankreich kündigte zumindest eine Überprüfung der EU-Pläne an. Bisher trügen fünf der 28 Staaten 75 Prozent der Lasten. Mehr Solidarität sei nur möglich, wenn jedes Land seiner Verantwortung gerecht werde. In den am stärksten betroffenen Ländern sollten Flüchtlinge nach gemeinsamen Kriterien Hilfe bekommen.

Großbritannien wertet jede Abwehr zusätzlicher Einwanderung als Erfolg. Nur der Flüchtlingsrat hat die Regierung aufgefordert, freiwillig hilfsbedürftige Flüchtlinge aufzunehmen. Aber Großbritannien, Irland und Dänemark genießen in den EU-Verträgen ohnehin einen Sonderstatus und können sich aus sämtlichen Quotenkonzepten ausklinken.

Tschechien lehnt Flüchtlingsquoten grundsätzlich ab. „Quoten würden illegale Migranten, die Europa nicht in ihre Heimatländer zurückzuschicken in der Lage ist, noch ermuntern“, kritisiert Ministerpräsident Bohuslav Sobotka.

Ungarn streitet ebenfalls vehement gegen die Verteilung von Flüchtlingen nach Quoten. „Wir wollen, dass niemand mehr kommt, und die, die schon hier sind, nach Hause gehen“, sagt Ministerpräsident Viktor Orban. Der „absurde“ Quotenplan grenze „an Wahnsinn“, weil er einen Anreiz für Zuwanderung schaffe.

Polen lehnt Quoten ab und plädiert für eine freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen.

Auch aus dem **Baltikum** kommt Ablehnung. **Estland** und **Litauen** meinen, nicht so viele Menschen aufnehmen zu können wie vorgeschlagen.

Nur Deutschland unterstützte die Pläne. Das größte EU-Mitgliedsland nähme auch den größten Anteil auf.

Grundsätzliche Unterstützung kam aus den Ländern, die momentan die Hauptlast tragen:

Italien sah in dem Vorschlag der EU einen wichtigen ersten Schritt in Richtung Solidarität. Innenminister Angelino Alfano warnte aber vor einem „Schwindel“, weil der Plan nur für neu angekommene Flüchtlinge gelten soll und nicht für die Migranten, die bereits in Italien sind. Zudem wird diskutiert, dass nur Flüchtlinge mit guten Asylchancen auf andere Länder verteilt werden, die übrigen bleiben Italiens Problem.

Griechenland hieß das Vorhaben uneingeschränkt gut. Das Land ist neben Italien der größte Nutznießer der EU-Pläne.

Ungarn und die Slowakei reichten im Dezember 2015 beim europäischen Gerichtshof Klage gegen eine EU-Flüchtlingsquote ein.

4. Die Aufnahmequoten in den deutschen Bundesländern

Nach dem sogenannten "Königsteiner Schlüssel" wird festgelegt, wie viele Asylsuchende ein Bundesland aufnehmen muss. Das richtet sich nach Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl. Die Quote wird jährlich neu ermittelt.

Aufnahmequoten der Bundesländer für das Jahr 2015

Nordrhein-Westfalen	21,24 %
Bayern	15,33 %
Baden-Württemberg	12,97 %
Niedersachsen	9,36 %

Hessen	7,32 %
Sachsen	5,10 %
Berlin	5,05 %
Rheinland-Pfalz	4,83 %
Schleswig-Holstein	3,39 %
Brandenburg	3,08 %
Sachsen-Anhalt	2,86 %
Thüringen	2,75 %
Hamburg	2,53 %
Mecklenburg-Vorpommern	2,04 %
Saarland	1,22 %
Bremen	0,94 %

Bei dieser Quotenregelung müsste Sachsen bei einer Million Flüchtlingen 51.000 Flüchtlinge aufnehmen.

Wie war im Herbst 2015 die aktuelle Situation? SPIEGEL ONLINE hat in den Bundesländern nachgefragt. In einigen Bundesländern ist die Lage besonders angespannt:

In **Bayern** sind seit Anfang September 2015 mehr Flüchtlinge angekommen als in den ersten acht Monaten dieses Jahres zusammen - nämlich mehr als 135.000. Wie viele von ihnen in andere Bundesländer weiterreisten, darüber konnte das Ministerium keine Angaben machen.

Auch **Nordrhein-Westfalen**, wohin mehrere Sonderzüge mit Flüchtlingen aus Bayern gefahren sind, zählt große Zuwächse: In der letzten Augustwoche des Jahres 2015 seien 7000 Flüchtlinge angekommen, in der ersten Septemberwoche 10.000. In der zweiten Septemberwoche kamen 15.000 Flüchtlinge in dem Land an.

Rund 8400 Flüchtlinge erreichten allein seit dem 5. September **Berlin**.

In **Hamburg** kamen im August 6676 Flüchtlinge an. Mitte September zählte die Innenbehörde an einigen Tagen doppelt so viele Ankömmlinge wie im Vormonat.

Hessen hat mit Frankfurt einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt in Deutschland. Mehr als die Hälfte der Menschen, die in dem Bundesland ankommen, werden anschließend in andere Länder gebracht - davor müssen sie in den Erstaufnahmeeinrichtungen Hessens registriert werden.

Bremen klagt: Man habe in den vergangenen vier Wochen rund 1700 Flüchtlinge aufgenommen, davon seien rund 500 noch nicht im Erstaufnahmesystem registriert. Insgesamt verzeichne Bremen beinahe doppelt so viele Flüchtlinge, wie es nach dem Königsteiner Schlüssel aufnehmen müsste.

Schleswig-Holstein verzeichnete vom 5. bis zum 21. September 2015 mehr als 7200 eingereiste Flüchtlinge, rund 1300 mehr, als das Land in dieser Zeit laut Königsteiner Schlüssel hätte aufnehmen müssen.

In **Sachsen** sind im August 5759 Flüchtlinge angekommen, rund 2500 von ihnen sind noch nichtregistriert. Seit dem 1. September 2015 reisten über 6000 weitere Menschen an.

Niedersachsen geht von 61.000 Flüchtlingen aus, die bisher seit Anfang des Jahres 2015 gekommen sind. Unter ihnen sind rund 3800 Menschen, die das Land seit Anfang September aus Bayern aufgenommen hat und rund 9000 noch nicht registrierte Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen.

Je mehr Flüchtlinge die Länder und Kommunen aufnehmen, desto höher natürlich die Ausgaben. Und die sind einem Zeitungsbericht zufolge schon im ersten Halbjahr 2015 höchst ungleich verteilt gewesen. Während in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz jede Kommune im Schnitt 20 Euro pro Einwohner für Asylbewerber habe aufbringen müssen, waren es zum Beispiel im Saarland nur acht und in Bayern 13 Euro. Weiterer Streit zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist vorprogrammiert.

Mehr als doppelt so viele Asylanträge wie im Vorjahr sind nach eigenen Angaben 2015 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eingegangen. Insgesamt 218.221 Anträge zählen die Behörden bis einschließlich Juli 2015. Etwa die Hälfte aller Asylbewerber landete in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Die andere Hälfte teilen sich alle übrigen Bundesländer auf. Wie die Asylbewerber auf die Bundesländer verteilt werden, regelt der sogenannte Königsteiner Schlüssel. Je mehr Einwohner ein Bundesland hat, je mehr Flüchtlinge muss es aufnehmen.

Diese Bundesländer müssen am meisten Flüchtlinge aufnehmen:

Nordrhein-Westfalen	= 21,2 %	= 41.246 gestellte Asylanträge
Bayern	= 15,3 %	= 33.817 gestellte Asylanträge
Baden-Württemberg	= 12,9 %	= 22.627 gestellte Asylanträge

Diese Bundesländer müssen am wenigsten Flüchtlinge aufnehmen:

Mecklenburg-Vorpommern	= 2,0 % = 6.250 gestellte Asylanträge
Saarland	= 1,2 % = 3.552 gestellte Asylanträge
Bremen	= 0,9 % = 2.828 gestellte Asylanträge

So viele Flüchtlinge haben bis Juli 2015 in den Bundesländer Asylanträge gestellt:

Baden-Württemberg	22.627
Bayern	33.817
Berlin	14.475
Brandenburg	7.574
Bremen	2.828
Hamburg	5.988
Hessen	15.407
Mecklenburg-Vorpommern	6.250
Niedersachsen	18.272
Nordrhein-Westfalen	41.246
Rheinland-Pfalz	9.921
Saarland	3.552
Sachsen	13.597
Sachsen-Anhalt	7.430
Schleswig-Holstein	8.191
Thüringen	7.043
Unbekannt	<u>3</u>
Insgesamt	218.221

Wie viele Asylanträge in den Monaten August bis Dezember 2015 in den einzelnen Bundesländern gestellt wurden, ließ sich nicht ermitteln.

5. Was sagen die Staaten und die christlichen Kirchen der EU-Staaten zur Aufnahme von Flüchtlingen in ihren Ländern?

Die Haltung der Kirchen müsste eigentlich eindeutig sein, denn es gibt in der Bibel sowohl im Alten wie im Neuen Testament viele Stellen, welche auf die Verpflichtung zur Nächstenliebe hinweisen, wie z.B. aus dem Alten Testament: „**Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst**“ (3. Mose 19,33/34) oder aus dem Neuen Testament: „**Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.**“ (Matthäus 25,40). Und der Befehl Jesu ist eindeutig: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ Auch Papst Franziskus gab seiner Kirche ein Beispiel, als er am 8. Juli 2013 in Lampedusa die 200.000 Flüchtlinge besuchte, welche die lebensgefährliche Flucht über das Mittelmeer überlebt hatten. Und im September 2015 rief er dazu auf, dass jede Pfarrei in der Welt, jedes Kloster, jede Ordensgemeinschaft Flüchtlinge aufnehmen soll. Am 16. April 2016 besuchte Papst Franziskus die Insel Lesbos. Dort hat er zwei muslimische Familien mit zu sich in den Vatikan genommen.

Doch nicht alles, was der Rat der EKD den evangelischen Gemeinden oder der Papst den katholischen Gemeinden rät, wird umgesetzt. Auch in Deutschland gibt es Gemeinden, welche eine andere Meinung vertreten. Und wie sieht es in den anderen Ländern der EU aus? Stimmt es, dass die Flüchtlinge ein Segen für die Kirchen sind, dass die neuen Familien für viele Kirchengemeinden wie eine „Vitaminspritze“ wirken?

Die syrischen Christen werden von den syrischen Muslimen als Assad-freundlich eingestuft. Die katholische Kirche in Österreich hat auf dieses Problem aufmerksam gemacht, welches in den mehrheitlich mit Muslimen bewohnten Flüchtlingslagern besteht:

„In den UNO-Lagern wird sich kein Christ finden, weil sie von den Islamisten angegriffen und deren Zielscheibe wurden und aus diesen Lagern verjagt wurden. Deshalb suchen sie Zuflucht in Privathäusern und Kirchen.“

In Frankreich und England werden christliche Flüchtlinge, welche Zuflucht in Privathäusern und Kirchen gesucht haben, von den Regierungen diskriminiert. Sie werden von Versorgungsleistungen ausgeschlossen. Doch die Moslems in den Flüchtlingslagern finden in diesen Ländern leichter Aufnahme als Christen.

Die Baltischen Staaten reagieren auf die Flüchtlingssituation sehr unterschiedlich. Während Litauen positiv in Brüssel auf die Vorschläge Angela Merkels reagierte und die litauische Regierung sogar die Kirchen um Hilfe bat, verhalten sich Lettland und Estland ablehnend. „Paranoid“ bezeichnete die „taz“ deren Verhalten.

Ungarn und die Slowakai reichten im Dezember 2015 sogar beim europäischen Gerichtshof Klage gegen eine EU-Flüchtlingsquote ein.

Dessen ungeachtet reagieren die Kirchen weltweit anders als manche Regierung in der EU. So stand z.B. die Flüchtlingskrise am 29. Oktober 2015 in München im Zentrum einer Konsultation des Ökumenische Rates der Kirchen (ÖRK) von 40 Bischöfen und Kirchenführern aus 20 Ländern, welcher gemeinsam mit Vertretern der katholischen Kirche tagte, welche dem ÖKR nicht angehört. Vertreten waren die protestantischen, orthodoxen,

katholischen und anglikanischen Kirchen Europas, des Nahen Ostens und Afrikas. Sie appellierten an alle Christen, trotz des wachsenden Klimas der Angst vor Flüchtlingen, der biblischen Aufforderung getreu „Fremde willkommen zu heißen“.

Der Vizepräsident des Lutherischen Weltbundes (LWB) hat in seiner Predigt am 22. November 2015 in Budapest verstorbener und im Mittelmeer ertrunkener Flüchtlinge gedacht. Er drängte die Kirchen, sich weiterhin für Offenheit und die Unterstützung von Flüchtlingen einzusetzen, besonders in Gemeinschaften, wo Vorurteile traditionell stark verwurzelt seien.

Doch nun zur Situation in den einzelnen Mitgliedsländern der EU, welche sich ständig verändert. Deshalb kann die Darstellung nur eine Momentaufnahme sein. Zum einen werden in der EU immer neue Vereinbarungen getroffen, welche nur z.T. in den Staaten umgesetzt werden, zum anderen veränderten sich während der Recherchen in einigen Staaten die Mehrheitsverhältnisse – zumeist verbunden mit einem Rechtsruck – und zum Dritten konnten bei 24 Sprachen nur die Aussagen verwendet werden, welche in unserem Sprachraum bekannt geworden sind. Trotzdem wird der Versuch gewagt, die einzelnen Aussagen in einen Zusammenhang zu bringen und darzustellen.

Belgien ist Gründungsmitglied und seit 1958 Mitglied der EU und hat 11.150.500 Einwohner. Davon sind 75 % Mitglied der römisch-katholischen Kirche. Im Vergleich zu Deutschland hält sich der Flüchtlingszustrom in Grenzen. Im Küstenbereich wurde die Grenze zu Frankreich dichtgemacht. Die angekündigte Räumung des Zeltlagers in der französischen Stadt Calais nährt die Befürchtung, die Flüchtlinge könnten ins belgische Zeebrügge ausweichen, um nach England überzusetzen. Eine Polarisierung der öffentlichen Debatte zeichnet sich in Belgien jedoch nicht ab. Flüchtlinge werden nicht mit Jubel und Applaus empfangen. Aber es werden auch keine Flüchtlingsheime angezündet.

Eine offizielle Stellungnahme der katholischen Kirche Belgiens ist nicht bekannt. Doch Jozef De Kesel, der Primas von Belgien, sagte in einem Interview: „Wenn die Kirche sich nicht öffnet, wird sie eine Sekte.“

Bulgarien ist seit 2007 Mitglied der EU und hat 7.202.000 Einwohner. Davon gehören 76 % der orthodoxen Kirche an. Bulgariens Regierung will einen Ansturm von Flüchtlingen vermeiden. Deshalb baut sie die Grenzzäune aus und schreckt mögliche Asylbewerber mit Kampagnen ab. Bulgariens Ministerpräsident Boiko Borissov hat Angst, dass muslimische Flüchtlinge die „Demografie des Landes verändern“. Dabei nimmt Bulgarien kaum Asylbewerber auf, die meisten Flüchtlinge ziehen weiter. Die bulgarisch-türkische Grenze ist eine der Außengrenzen der EU. An dieser Grenze ist eine lückenlose Videoüberwachung installiert. In einem arabischen „Flüchtlingshandbuch“ stand Bulgarien 2015 auf Platz 1 der Länder, die Asylbewerber besser meiden sollten.

Der bulgarische Patriarch der orthodoxen Kirche sagte, dass es notwendig sei, die Probleme des Krieges zu lösen, um das Problem mit der Migration zu beenden. Die „Heilige Synode“ der orthodoxen Kirche hat offiziell bekannt gegeben, dass Bedenken bestehen, gegen die Aufnahme einer wachsenden Zahl von Flüchtlingen in Bulgarien. Gleichzeitig aber fordert sie Mitgefühl und Solidarität für diejenigen Flüchtlinge, die bereits im Land angekommen sind, „als Christen und als Gesellschaft, müssen wir eine Bereitschaft haben, für Flüchtlinge so viel zu geben, wie wir können und unsere knappen Ressourcen ermöglichen.“ Der bulgarische Patriarch forderte die Regierung auf, den Druck auf die internationale Gemeinschaft zu erhöhen, damit sofort die Kriege im Nahen Osten und Nordafrika beendet wird.

Dänemark / einschl. Grönland und Färöer ist seit 1973 Mitglied der EU und hat 5.567.000 Einwohner. 80 % gehören der Evangelisch-Lutherischen Dänischen Volkskirche an. Dänemarks Flüchtlingspolitik war zunächst recht liberal. Da die Regierung jedoch auf die Rechtskonservativen angewiesen ist, wurden immer neue Hürden errichtet, um sowohl die Durchreise der Flüchtlinge von Deutschland nach Schweden zu erschweren, als auch Flüchtlinge davon abzuhalten, in Dänemark zu bleiben. So gibt es in Dänemark z.B. für Flüchtlinge nur halb soviel Sozialhilfe, wie für Einheimische. Dänemark ist in der letzten Zeit durch seine Abschottungspolitik für Flüchtlinge immer unattraktiver geworden. Aber in Dänemark brannten bisher noch keine Flüchtlingsunterkünfte.

Trotzdem hat das dänische Volk immer mit Menschen in Not geteilt. Aber es hat selbst bestimmt wie viel. Dänemark nimmt nicht wenige Flüchtlinge auf, im Verhältnis zur Einwohnerzahl liegt das Land an fünfter Stelle in Europa. Deswegen schämen sich viele nun auch für die Abschottungspolitik ihrer rechtskonservativen Regierung. Auf deren Anti-Flüchtlingsanzeige reagierten sie, indem sie aus Spenden finanzierte Gegenanzeigen schalteten, in denen sie Flüchtlinge willkommen hießen. Die Flüchtlinge, die in Dänemark aus den Zügen steigen, stoßen auf dieselbe Hilfsbereitschaft wie in Schweden und in Deutschland.

Da die Dänische Evangelisch-Lutherische Volkskirche vom Staat unterstützt wird und in der Regierung sogar ein Kirchenministerium besteht, hält sich die Kirche mit offiziellen Stellungnahmen zur Flüchtlingsfrage zurück und überlässt es den einzelnen Gemeinden, das Gebot der Nächstenliebe umzusetzen.

Deutschland ist Gründungsmitglied und seit 1958 Mitglied der EU, hat 81.900.000 Einwohner, davon gehören 29,5 % der römisch-katholischen Kirche, 27,9 % der protestantischen Kirche, 1,6 % einer orthodoxen Kirche und 1,4 % Freikirchen und anderen Religionsgemeinschaften an. Damit gehören 60,4 % der Deutschen einer christlichen Kirche an. 33 % sind konfessionell ungebunden. Die christlichen Religionsgemeinschaften haben sich, wie in den Vorbemerkungen dargelegt, sehr eindeutig in der Flüchtlingsfrage positioniert und auf das Gebot Jesu, Nächstenliebe zu üben, in ihren Stellungnahmen hingewiesen. Das gilt für alle christlichen Religionsgemeinschaften.

Ich bin mir sicher: hätte es keine Wende und noch den „Bund Evangelischer Kirchen in der DDR“ (BEK) gegeben, hätte dieser keine so eindeutige Stellungnahme wie der Rat der EKD abgegeben, sondern hätte sich ebenso gewunden, wie so manche Kirchenleitung in den ehemaligen Ostblockstaaten.

Nun geht es darum, Leistungen für eine gelingende Integration zu erbringen. Dabei sind nach meiner Auffassung Gewaltlosigkeit und Toleranz die wichtigsten Werte, die vermittelt werden müssen, denn darauf gründet sich ein demokratisches und friedliches Zusammenleben der Menschen trotz unterschiedlicher Nation, unterschiedlicher Tradition, unterschiedlicher Religionszugehörigkeit und unterschiedlicher politischer Auffassungen. Und gerade die Flüchtlinge sind aus Ländern geflohen, in denen Gewalt und Intoleranz herrschen. Doch auch bei uns haben nicht alle Menschen die Grundwerte Gewaltlosigkeit und Toleranz verinnerlicht. Gewalt gegen Frauen gibt es auch bei uns. Die AfD möchte das Recht auf freie Ausübung der Religion nur für christliche Religionen gelten lassen. Es wird mitunter versucht, politische Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Und nicht alle Menschen sind gegen Andersdenkende tolerant. So kann Deutschland nicht zu 100 % ein Beispiel für Gewaltlosigkeit und Toleranz geben.

Estland ist seit 2004 Mitglied der EU. Es hat 1.313.000 Einwohner. Davon gehören nur 26,9 % einer christlichen Kirche an, 69,0 sind konfessionell ungebunden. Entsprechend gering ist der Einfluss der christlichen Kirchen auf die Flüchtlingspolitik des Landes. Eine offizielle Stellungnahme der Kirchen ist nicht bekannt.

Estland will binnen zwei Jahren 150 Flüchtlinge aufnehmen. Das baltische Land ist selten Ziel von Flüchtlingen. Zwischen 2005 und 2014 kamen nur 499 Asylbewerber ins Land, meist aus der Ukraine und aus Russland. Bislang sind alle Asylsuchenden in einer einzigen Unterkunft untergebracht.

Finnland ist seit 1995 Mitglied der EU, hat 5.479.000 Einwohner, davon gehören 77 % der protestantischen Kirche an.

Finnland hat sich der Abschottungspolitik anderer skandinavischer Staaten angeschlossen, obwohl die Zahl derer, die in Finnland Zuflucht suchen, begrenzt ist. 2015 waren es 32.500 Flüchtlinge, die in Finnland einen Asylantrag gestellt hatten. Für viele aus südlichen Ländern ist Finnland zu kalt und zu dunkel, zudem noch sehr dünn besiedelt. Manche Flüchtlinge empfinden das als zu langweilig. Viele Flüchtlinge haben das Land über die sogen. „Eisroute“ über Russland erreicht. Doch nun ist die Grenze geschlossen.

Der Einfluss der christlichen Kirchen auf die Flüchtlingspolitik des Landes ist gering. Eine offizielle Stellungnahme der Kirchen ist nicht bekannt.

Frankreich ist Gründungsmitglied der EU und gehört ihr seit 1958 an. Das Land hat 66.318.000 Einwohner, davon gehören 51,0 % der römisch-katholischen Kirche und 4,5 % anderen Konfessionen an. 33,8 % der Einwohner sind konfessionell ungebunden.

2015 haben knapp 65.000 Menschen Asyl beantragt. Durch den Anstieg der Asylanträge hat sich die Bearbeitungszeit auf etwa zwei Jahre verlängert. Eine Reform soll die Verfahren beschleunigen und auf rund neun Monate begrenzen.

Nur etwa 10 % der in der EU Asylsuchenden stellen in Frankreich einen Antrag. Damit liegt Frankreich hinter Deutschland, Schweden und Italien. Nach dem Quotenvorschlag hätten es 14 Prozent werden sollen. Die größte Zahl Asylsuchender kam 2014 aus dem Kongo, China, Bangladesch, Russland, Syrien und Pakistan, 2015 aus Syrien und Afghanistan.

Frankreich ist für viele Asylbewerber Transitland, etwa nach England, weil die Arbeitslosigkeit mit mehr als 10 % hoch ist. Deshalb ist die Zahl der Asylbewerber im Vergleich zu anderen großen Ländern gering. Als die EU Anfang Juli 2015 über Quoten für Flüchtlinge in Europa diskutierte, zeigte sich Frankreich ablehnend.

Besonders angespannt ist die Situation allerdings im nordfranzösischen Calais am Eurotunnel nach England. Tausende von Flüchtlingen versuchen von Calais nach Großbritannien zu gelangen, weil sie sich dort mehr Erfolg für einen Asylantrag versprechen. Die Sicherheit des Tunnels auf französischer Seite wurde erhöht, nachdem Ende Juli 2015 ein Flüchtling tödlich verunglückte. Knapp 1.500 Menschen hatten versucht durch den Tunnel nach England zu gelangen. Seit Anfang Juni kamen auf der französischen Seite des Tunnels neun Flüchtlinge ums Leben. Zwischen 3.000 und 5.000 Flüchtlinge sind auf dem Weg nach England in Calais gestrandet.

Frankreichs Regierungschef Manuel Valls fordert für sein Land einen Aufnahmestopp von Flüchtlingen. Gleichzeitig fordert er andere EU-Staaten auf, das Gleiche zu tun. Er fürchtet gar ein Ende der Europäischen Union, falls die unkontrollierte Zuwanderung anhalte.

Frankreichs Kirchen, sowohl die katholische Kirche wie die ökumenische Glaubensgemeinschaft Taizé, haben zu mehr Menschlichkeit aufgerufen und bestärken die Gläubigen, in ihrer großen Hilfsbereitschaft nicht nachzulassen.

Griechenland ist seit 1981 Mitglied der EU und hat 10.816.000 Einwohner. 94,5 % gehören der griechisch-orthodoxen Kirche an. Oberhaupt dieser Kirche ist Erzbischof Hyronimos. Nur 2,15 % der Bevölkerung ist konfessionell ungebunden. So hat das Wort des Erzbischofs viel Gewicht.

In Griechenland herrschen wegen der schwierigen Finanzlage chaotische Zustände. Die Route, der die Flüchtlinge folgen, führt über Syrien und die Türkei auf die griechischen Inseln in der Ägäis. Dort (etwa auf Samos, Kos, Rhodos oder Lesbos) kamen in den letzten Monaten des Jahres 2015 täglich rund 2000 Menschen an. Die Lage auf den Inseln ist dramatisch. Die lokalen Behörden sind überfordert. Hilfsorganisationen stehen vor Problemen.

Auf Griechenland entfielen 2014 nur 1,5 % der Asylanträge in der EU. Trotzdem kam 2015 in Griechenland der überwiegende Teil der Flüchtlinge in Europa an. Allein zwischen Januar und August 2015 wurden rund 200.000 Menschen erfasst, die meist aus der Türkei über den Seeweg nach Griechenland kamen. Frontex meldete (bis Juli 2015) gut 100.000 illegale Grenzübertritte an der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei. Die

Menschen machten sich anschließend auf den Weg über die Balkanroute, um ins westliche Europa zu gelangen. Dieses Nichtregistrieren wird besonders von Ungarn scharf kritisiert, das damit die Rolle des Erstaufnahmelandes übernehmen musste. Das war in Ungarn der Grund für den Bau des Grenzzaunes.

In Griechenland sammelten sich wegen der abriegelten Balkanroute Ende Februar 2016 rund 20.000 Menschen. Täglich kommen weitere aus der Türkei hinzu. Neben den fünf bereits begonnenen Aufnahmezentren ist der Bau von fünf weiteren Aufnahmelagern in Grenznähe geplant.

Die Zahl der Mitte März 2016 im gesamten Land befindlichen, irregulär eingereisten Asylsuchenden wird von der griechischen Regierung mit ca. 48.000 angegeben. Da das EU-Türkei-Abkommen vom 18. März 2016 nur Asylsuchende betrifft, die seit dem 20. März 2016 in Griechenland eingetroffen sind, ist offen wie die EU und insbesondere Griechenland mit den bereits vor diesem Stichtag im Land eingetroffenen Flüchtlingen weiter verfahren wird.

Papst Franziskus hat am 16. April 2016 bei seinem Besuch auf der Insel Lesbos eine Stellungnahme abgegeben, in der es u.a. heißt:

"Wir, Papst Franziskus, der Ökumenische Patriarch Bartholomäus und Erzbischof Hieronymus von Athen und ganz Griechenland, haben uns auf der griechischen Insel Lesbos getroffen, um unsere tiefe Besorgnis über die tragische Lage der zahlreichen Flüchtlinge, Migranten und Asylsuchenden zum Ausdruck zu bringen, die nach Europa gekommen sind, weil sie vor Konfliktsituationen und – in vielen Fällen – vor der täglichen Bedrohung ihres Lebens geflohen sind. Die Weltöffentlichkeit darf ihre Augen nicht verschließen vor der ungeheuren humanitären Krise, die durch die Ausbreitung von Gewalt und bewaffneten Konflikten, durch Verfolgung und Vertreibung religiöser und ethnischer Minderheiten und durch die Entwurzelung von Familien aus ihrer Heimat unter Verletzung ihrer Menschenwürde und ihrer grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten entstanden ist.

Die Tragödie erzwungener Migration und Vertreibung betrifft Millionen von Menschen und ist eine Krise der Menschheit, die zu einer Antwort der Solidarität, des Mitgefühls, der Großherzigkeit und zu einem unverzüglichen praktischen Einsatz der Ressourcen aufruft. Von Lesbos aus appellieren wir an die Internationale Gemeinschaft, mutig zu reagieren und dieser massiven humanitären Krise und den ihr zugrundeliegenden Ursachen durch diplomatische, politische und karitative Initiativen zu begegnen wie auch durch gemeinsame Anstrengungen sowohl im Nahen Osten als auch in Europa.

Als Hirten unserer jeweiligen Kirchen sind wir einig in unserem Wunsch nach Frieden und unserer Bereitschaft, die Lösung von Konflikten durch Dialog und Versöhnung zu fördern. ... Besonders bringen wir unsere Solidarität gegenüber den Menschen in Griechenland zum Ausdruck, die trotz ihrer eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit Großherzigkeit auf diese Krise reagiert haben.

Gemeinsam plädieren wir mit Nachdruck für ein Ende von Krieg und Gewalt im Nahen Osten, für einen gerechten und dauerhaften Frieden und für eine ehrenvolle Heimkehr derer, die gezwungen waren, ihre Häuser zu verlassen. Wir bitten die Religionsgemeinschaften, ihre Anstrengungen zu verstärken, Flüchtlinge aller Glaubensrichtungen zu empfangen, zu unterstützen und zu schützen. ... Gemeinsam wollen wir dazu beitragen, dass Migranten und Migrantinnen, Flüchtlinge und Asylsuchende in Europa menschenwürdig aufgenommen werden.

Unser heutiges Treffen möchte dazu beitragen, denen, die Zuflucht suchen, und allen, die sie empfangen und ihnen beistehen, Mut und Hoffnung zu bringen. Wir bitten die internationale Gemeinschaft dringend, den Schutz menschlichen Lebens zur Priorität zu erheben und auf allen Ebenen inklusive Politik zu unterstützen, die sich auf alle Religionsgemeinschaften erstreckt.

Irland ist seit 1973 Mitglied der EU und hat 4.595.000 Einwohner. 84,2 % sind Mitglied der römisch-katholischen Kirche. Nur 5,9 % sind konfessionell ungebunden.

Das irische Asylsystem ist eines der striktesten in der gesamten EU - wohl bewusst, um Flüchtlinge abzuschrecken. Die größte Flüchtlingskrise in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird auf der Insel wenig wahrgenommen – und wenn, dann als ein Phänomen, das Irland nicht viel angeht. Weit über eine Million Menschen sind in diesem Jahr nach Europa geflüchtet, doch Syrien, Griechenland, der Balkan, Italien, Österreich und Deutschland sind im Bewusstsein vieler Insulaner ziemlich weit weg.

Im September verpflichtete sich die irische Regierung gemäß dem Verteiler-Schlüssel der EU insgesamt 4000 Flüchtlinge aufzunehmen. Bis heute ist allerdings kein einziger in Irland aufgenommen worden. Die Regierung hat kurz vor Weihnachten 2015 ein schärferes Asylgesetz durch die Instanzen gepeitscht, das eine schnelle Abschiebung erleichtern und den Familienzuzug begrenzen soll. Die Flüchtlings-Hilfsorganisationen laufen derweil ohne spürbare Auswirkungen Sturm gegen „die Nichteinlösung von Minimal-Versprechen“. Sie fordern zudem, dass Irland mindestens 20.000 Menschen aufnehmen soll.

Die Informationslage ist dünn und intransparent, Flüchtlings-Hilfsorganisationen wie das Irish Immigrant Support Centre (NASC) weisen darauf hin, dass sie selber nicht mehr wissen, als das, was in der Zeitung steht. Es wirkt so, als betreibe die irische Regierung Flüchtlingspolitik als Geheimprojekt. Genauso wie Dänemark und Großbritannien hat Irland Sonderregeln bei der EU ausgehandelt - etwa die Möglichkeit, sich an Umverteilungen nicht zu beteiligen. Irish Refugee Council ist die einzige Nichtregierungsorganisation, die sich in Irland um Flüchtlinge kümmert.

Eine Delegation des ÖRK hat im Rahmen eines viertägigen Mitgliedskirchen-Besuchs in Irland vom 28. November bis zum 1. Dezember das Interreligiöse Zentrum der Universität von Dublin in der Republik Irland besucht und auch dort das göttliche Gebot der Nächstenliebe angemahnt, doch bis heute ohne spürbare Wirkung.

Italien ist Gründungsmitglied und seit 1958 Mitglied der EU. Es hat 60.674.000 Einwohner. 85 % sind Mitglied der römisch-katholischen Kirche. Nur 5,83 % sind konfessionell ungebunden

Italien ist das erste Ziel von zahlreichen Flüchtlingen, die über das Mittelmeer aus Nordafrika kommen. Wie auch Griechenland hörte Italien im Laufe des Jahres 2015 sukzessive auf, Flüchtlinge zu registrieren, und ließ sie ungehindert das Land passieren. So gab es bis Juli 2014 insgesamt 90.000 illegale Grenzübertritte. Im August 2015 beklagte der Außenminister die Kritik von Frankreich und Deutschland an der laschen Praxis Griechenlands und Italiens, die Asylanträge der Flüchtlinge nicht aufzunehmen, als ungerechtfertigt: Angesichts des Ansturms sei das nicht zu leisten. Das Land beherbergte im Sommer 2015 rund 82.000 Flüchtlinge in Auffanglagern und im Gesamtjahr 2015 über 200.000. Anfang September 2015 kündigte man in Italien auf Bitten Bayerns das Wiedereinführen von Grenzkontrollen zu Österreich an, um Flüchtlinge aufzugreifen, die unkontrolliert nach Deutschland reisen.

Weil die Behörden des Landes ankommenden Flüchtlingen keine Fingerabdrücke abgenommen hatten und damit das Dublin-Verfahren außer Funktion gesetzt hatten, leitete die EU-Kommission nach einer Verwarnung Ende 2015 ein Verfahren gegen das Land ein.

Nach einer Umfrage in Italien vom September 2015 gilt die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union bei 90 % der Italiener als gescheitert: Die zugesicherte Umverteilung von 40.000 Asylbewerbern aus Italien in die übrige EU gelang bis zum Februar 2016 nur bei 279 Personen. Verbreitet wurde in den italienischen Medien die Zahl von 170.000 aufgenommenen Flüchtlingen im Jahre 2015, Italien registrierte jedoch bis August 2015 weniger als 50.000 Asylanträge.

Die österreichische Regierung hat im Februar 2016 angekündigt, die Grenzübergänge an der Grenze zwischen Italien und Österreich für den freien Reiseverkehr zu schließen.

Bislang galt die katholische Kirche in Italien als Freundin konservativer Parteien. Seit jedoch der Vatikan für Flüchtlinge eintritt, Papst Franziskus sogar öffentlich verkündete „Flüchtlinge sind keine Last, sondern ein Geschenk“, hat sich das geändert. Jetzt hat die Partei „Lega Nord“ ein neues Feindbild: Papst Franziskus.

Kirchliche Organisationen ermöglichen sogar mit einem neuen Projekt Flüchtlingen eine legale Einreise. Etwa 1.000 Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten sollen mit ihrer Hilfe gefahrlos ins Land kommen, teilten eine katholische Organisation und die italienische Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Rom mit. Die italienische Regierung stellt die nötigen humanitären Visa aus. Den Flüchtlingen soll damit die oft lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer erspart werden. Für das Projekt sollen zwei Büros in Marokko und im Libanon eröffnet werden, wo die Flüchtlinge mit Unterstützung von Hilfsorganisationen ausgewählt werden. Sie können dann legal per Flugzeug einreisen, erhalten in Italien Unterkunft und Hilfe. Die ersten Flüchtlinge kamen Ende Januar 2016 nach Italien. Unterstützer loben es als beispielhaft für die EU, die bislang sehr zögerlich bei der Einrichtung legaler Einreisewege ist. Nach unbestätigten Angaben planen evangelische Organisationen in anderen EU-Ländern ähnliche Programme.

Kroatien ist seit 2013 Mitglied der EU und hat 4.285.000 Einwohner. 88,1 % sind Mitglied der römisch-katholischen Kirche. Lediglich 5,7 % sind konfessionell ungebunden.

Kroatien rückte mit der Schließung der serbisch-ungarischen Grenze Mitte September 2015 als eine der möglichen Ausweichrouten nach Nordeuropa in den Fokus der Krise. Der Premierminister kündigte an, man werde den Flüchtlingen helfen, Kroatien zu durchqueren, und sie dorthin leiten, wohin sie wollten, nach Deutschland oder Skandinavien. Das nahm man jedoch einen Tag später, nachdem rund 11.000 Flüchtlinge aus Serbien gekommen waren, wieder zurück und schloss die Grenze zu Serbien bis auf weiteres. Die Regierung kündigte an, dass das kroatische Militär die Grenzen, falls nötig, verteidigen werde. Wenige Stunden später änderte man die offizielle Linie erneut und gab bekannt, Flüchtlinge nun durch kroatisches Staatsgebiet nach Slowenien oder Ungarn zu transportieren. Ungarn hatte da bereits mit dem Bau einer Grenzbefestigung zu Kroatien begonnen und die ersten Flüchtlinge verhaftet, die aus Kroatien gekommen waren. Nach Fertigstellung der ungarischen Grenzbefestigung transportierte Kroatien die Flüchtlinge weiter nach Slowenien. Weil die Behörden des Landes ankommenden Flüchtlingen keine Fingerabdrücke abgenommen hatten und damit das Dublin-Verfahren außer Funktion gesetzt hatten, leitete die EU-Kommission nach einer Verwarnung Ende 2015 Verfahren gegen das Land ein.

Kroatien wurde vor dem Pakt zwischen der EU und der Türkei am 18. März 2016 von vielen Flüchtlingen auf der Suche nach einem sicheren Wohnort durchquert. In der Kirche verzeichnete man eine Haltung zwischen Zurückhaltung und Engagement für Flüchtlinge. Organisationen wie der seit dem Jugoslawienkrieg der 90er-Jahre in der Region sehr aktive Jesuit Refugee Service und Einzelpersonlichkeiten der katholischen Kirche Kroatiens setzen sich seit Bestehen der Balkanroute für Flüchtlinge ein. In den Kirchen wurde immer wieder verkündet, dass in der gegenwärtigen Situation alle Menschen Brüder und Schwestern seien. Da gebe es keinen Unterschied zwischen Katholiken und Muslimen.

Lettland ist seit 2004 Mitglied der EU und hat 1.978.000 Einwohner. Nur 37,9 % der Bevölkerung gehören einer christlichen Kirche an. 60,9 % sind konfessionell ungebunden. Entsprechend gering ist der Einfluss der Kirchen auf das gesellschaftliche Leben. Knapp 80 Prozent der Letten lehnen hilfesuchende Flüchtlinge ab. Begründet wird diese Ablehnung mit Argumenten wie „unsere Leute haben selber nichts“ oder „Flüchtlinge aus Nordafrika und aus dem Nahen Osten können Verbindungen zum IS haben, der seine schrecklichen Verbrechen auch bei uns verüben könnte. Und dann gibt es auch gesundheitliche Risiken, verschiedene Virusarten.“

Die Regierung hat sich jedoch nach dem Pakt mit der Türkei dazu bereit erklärt, 776 Asylsuchende aus Italien und Griechenland aufzunehmen. Doch bis April 2016 sind nur sechs Flüchtlinge nach Lettland gekommen. Es handelt sich um je eine Familie aus Eritrea und Syrien. Dennoch melden sich immer mehr Freiwillige, um den Neuankömmlingen zu helfen, in Lettland Fuß zu fassen.

Über die Haltung der christlichen Kirchen Lettlands ist nichts bekannt.

Litauen ist seit 2004 Mitglied der EU und hat 2.885.000 Einwohner. 80,0 % sind Mitglied der römisch-katholischen Kirche. Nur 16,1 % sind konfessionell ungebunden.

Litauen zeigt unter den baltischen Staaten die klarste Reaktion. Bereits am Tag nach der Grundsatzrede des EU-Kommissionspräsidenten Juncker am 9. September 2015 beschloss man dort die Aufnahme von 1.105 Flüchtlingen in den nächsten zwei Jahren. Noch im Frühjahr dieses Jahres war von nur 325 Personen die Rede gewesen. Von Krieg Bedrohte müsse man schützen, heißt es nun über alle politischen Lager hinweg.

Die litauische Präsidentin setzt vor allem auf die Kirche, die Caritas und das Rote Kreuz. Die Präsidentin sagte in diesem Zusammenhang: „Flüchtlinge sind keine Statistiken; sie sind Menschen, deshalb ist es essentiell für unser Land zu zeigen, dass es im Stande ist zu helfen und mit seinen Partnern zusammenzuarbeiten. Die derzeitige Situation ist nicht nur eine Prüfung für die staatlichen Institutionen, sondern auch für die Zivilgesellschaft.“ In Meinungsumfragen gaben mehr als die Hälfte der befragten Litauer an, keine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch die Flüchtlinge zu befürchten und zeigten sich insgesamt gelassen über den gesellschaftlichen Zuwachs.

Alle Parteien sind sich darin einig, dass sich Litauen auf einen „Zustrom“ von Migranten vorbereiten muss. Während die langfristige Lösung darin bestehe, die Konflikte im Nahen Osten zu lösen, sollte Litauen mehr tun, um sein Bildungssystem und seinen Arbeitsmarkt auf die Integration von mehr Menschen aus dem Ausland vorzubereiten. Die Regierung regte an, einen Plan vorzubereiten, wie sich die Gesellschaft die Integration von Flüchtlingen vorstellt. Ihm zufolge müsste „Litauen denen in Not helfen und zwar nicht nur, weil es sich um eine europäische Richtlinie handelt, sondern auch aus christlichem Mitgefühl heraus.“

Den Umfragen der Regierung vom September 2015 zufolge, akzeptieren 51 % der litauischen Bevölkerung die aktuellen Umverteilungspläne der EU.

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Litauen nimmt 40 syrische Bürgerkriegsflüchtlinge auf. Dies teilte der Bischof der Kirche, Mindaugas Sabutis, mit. Die Flüchtlinge werden in litauischen Familien und Pfarrhäusern der Kirche untergebracht. Sabutis: „Wir haben uns dafür entschieden, insbesondere christliche Familien bei uns aufzunehmen.“ Christen sind im syrischen Bürgerkrieg immer wieder Zielscheibe muslimisch-extremistischer Rebellenorganisationen. Die Familien genießen Gast-Status in Litauen und dürfen solange bleiben, bis der Krieg zu Ende ist,

Luxemburg ist Gründungsmitglied und seit 1958 Mitglied der EU. Es hat 563.000 Einwohner. 68,7 % sind Mitglied der römisch-katholischen Kirche. 24,9 % sind konfessionell ungebunden.

Luxemburg liegt nicht im Zentrum der Flüchtlingswelle. Doch eine große Mehrheit der luxemburgischen Bevölkerung begrüßt den Empfang von Flüchtlingen im Land. Dies geht aus einer Umfrage hervor, die das Integrationsministerium in Auftrag gegeben hatte. Demnach stehen 76 % der Befragten der Aufnahme von Flüchtlingen positiv gegenüber. Im Jahr 2015 haben 2.447 Personen in Luxemburg um Asyl gebeten, mehr als doppelt so viele wie noch im Vorjahr. Nur während des Balkan-Krieges in den 90er-Jahren kamen noch mehr.

47 % der Befragten vertreten die Ansicht, Luxemburg müsse in den kommenden Monaten weitere Flüchtlinge aufnehmen. Die meisten Befragten sind denn auch der Meinung, dass Luxemburg solidarisch sei. 58 % von ihnen geben an, dass die Regierung und die Verwaltungen die Situation im Griff haben.

Im Zuge der aktuellen Flüchtlingskrise meldete sich auch die katholische Kirche in Luxemburg mit einem Solidaritätsappell zur Wort. Jede Privatperson, jede Gemeinschaft in Luxemburg, die leerstehenden Wohnraum hat, sollte diesen für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung stellen. Die katholische Kirche will selbst mit einem Projekt namens "Reech eng Hand – Reech Deng Hand" in der Flüchtlingshilfe aktiv werden. Dieses Projekt befasst sich mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Luxemburg.

Malta ist seit 2004 Mitglied der EU und hat 425.000 Einwohner. Malta ist damit das kleinste Land in der EU. 98,0 % sind Mitglied der römisch-katholischen oder der griechisch-katholischen Kirche.

Malta ist auch in einer anderen Hinsicht eine Ausnahme: während in Deutschland, aber auch in Griechenland 2015 fast täglich Tausende Flüchtlinge über die Grenzen kamen, gab es in Malta nur um die 100 Ankünfte im ganzen Jahr 2015. Malta liegt zurzeit abseits der großen Flüchtlingsrouten. Wer auf dem Mittelmeer gerettet wird, landet meist in Italien oder Griechenland. Malta ist bestenfalls Wartehalle oder Sackgasse. Doch ein Wandel ist spürbar. Mehr und mehr begreifen Menschen auch auf Malta, dass sich das Flüchtlingsproblem nicht einfach von selbst erledigt.

Die evangelische Gemeinde mit ca. 170 Mitgliedern ist Teil eines kirchlichen Netzwerkes, dem auch die katholische Gemeinde und andere Religionsgemeinschaften angehören. Ihre Aufgabe ist es vor allem, dafür Sorge zu tragen, dass die im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlinge auf Malta menschenwürdig beerdigt werden.

Dabei muss festgestellt werden, dass es vor allem Ausländer sind, die sich in die Flüchtlingsarbeit einbringen. Malteser sind vielfach der Auffassung: Das Boot ist voll! Wir auf der kleinen Insel Malta können keine Flüchtlinge aufnehmen. Außerdem wollten diese Flüchtlinge nie nach Malta, sondern in andere europäische Länder, sind aber vor der Küste Maltas aufgefischt worden.

Die **Niederlande** ist Gründungsmitglied und seit 1958 Mitglied der EU. 16.901.000 Einwohner leben in den Niederlanden. Nur 38,3 % gehören einer christlichen Kirche an, davon 23,3 % der römisch-katholischen und 15,0 % der niederländisch-reformierten Kirche. Die Mehrheit, 53,8 % ist konfessionell ungebunden.

Die niederländische Asylpolitik gilt als eine der strengsten in Europa. Von Menschenrechtlern wird kritisiert, dass Flüchtlinge kaum rechtliche Möglichkeiten für eine Duldung haben, wenn deren Asylantrag abgewiesen wurde. Mindestens zwei von drei Asylgesuchen werden erfahrungsgemäß abgelehnt. Die Betroffenen müssen das Land innerhalb von 28 Tagen verlassen.

Auf die Niederlande entfielen 2014 insgesamt 4,2 % der Asylanträge in der EU, was rund 26.000 Anträgen entspricht. Die Niederlande unterstützten die später gescheiterten Verteilungspläne der Europäischen Union vom Sommer 2015, nach denen sie rund 2000 Flüchtlinge hätten aufnehmen sollen. Im Spätsommer diskutierte man jedoch härtere Asylgesetze, die abgelehnte Asylbewerber vollständig von den sozialen Sicherungssystemen des Landes ausschließen würden. Kritik von UN-Vertretern wies Regierungschef Rutte zurück, man könne keine Leute versorgen, die sich schlicht weigerten, zu gehen. Die beiden großen Konfessionen mahnen zu mehr Menschlichkeit. Doch ihre Mahnung bleibt sowohl in der Politik wie in der Gesellschaft ungehört.

Österreich ist seit 1995 Mitglied der EU, hat 8.700.000 Einwohner, davon gehören 59,9 % der römisch-katholischen Kirche an. 28,3 % sind konfessionell ungebunden. Nur 3,5 % gehören der Evangelischen Kirche an. Österreich hat bis zum September 2015 als engster Verbündeter Angela Merkels und Vertreter einer großzügigen Willkommenskultur gegolten, doch dann eine radikale Kehrtwende vollzogen und eine Obergrenze von 37.500 Asylgesuchen im laufenden Jahr beschlossen. „Es war Notwehr.“, erklärte Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann in einem Fernsehinterview seinen Schwenk in der Flüchtlingspolitik. Das hätte vor September 2015 niemand geglaubt, dass Österreich eine Obergrenze beschließt und Grenzzäune errichtet. Bis 2019 sollen es nur noch insgesamt maximal 127.500 Flüchtlinge sein. Darauf hat sich die Regierungskoalition in Wien geeinigt.

Die Kirchenleitung der katholischen Kirche hat zur Situation der Flüchtlinge eine Stellungnahme abgegeben, in der es u.a. heißt:

„Die wohlhabenderen Nationen sind verpflichtet, so weit es ihnen irgend möglich ist, Ausländer aufzunehmen, die auf der Suche nach Sicherheit und Lebensmöglichkeiten sind, die sie in ihrem Herkunftsland nicht finden können. Die öffentlichen Autoritäten sollen für die Achtung des Naturrechts sorgen, das den Gast unter den Schutz derer stellt, die ihn aufnehmen. Die politischen Autoritäten dürfen im Hinblick auf das Gemeinwohl, für das sie verantwortlich sind, die Ausübung des Einwanderungsrechtes verschiedenen gesetzlichen Verpflichtungen unterstellen und verlangen, dass die Einwanderer ihren Verpflichtungen gegenüber dem Gastland nachkommen. Der Einwanderer ist verpflichtet, das materielle und geistige Erbe seines Gastlandes dankbar zu achten, dessen Gesetzen zu gehorchen und die Lasten mitzutragen.“

Diese Aussage, welche geradezu eine „Artigkeit“ gegenüber dem Handeln der Regierung deutlich werden lässt, wird noch von einer Diskussion übertroffen, welche insbesondere von katholischen Theologie-Professoren der kirchlichen Hochschule Wien geführt wird:

„Die kirchliche Obrigkeit ist klarerweise für die Verbreitung und Sicherung des wahren Glaubens verantwortlich. Sie muss im Interesse des Seelenheils ihrer Gläubigen die Ausbreitung falscher Religionen verhindern. Da in christlich geprägten Ländern die kirchliche Obrigkeit immer noch einen gewissen Einfluss auf die Politik und die Behörden hat, muss sie diese in ihrem Agieren zugunsten des Gemeinwohl unterstützen.“

Eindeutiger ist dagegen die evangelische Kirche. Sie hat auf ihrer Synode am 9. Dezember 2015 beschlossen:

Menschen auf der Flucht: Herausforderung für den Glauben

- 1. Als Kirche lassen wir uns leiten von den biblischen Überlieferungen und den Menschenrechten. Diese helfen uns, Handlungsstrategien zu entwickeln, wenn hunderttausende Menschen, bedrückt von Gewalt, Hunger und Verfolgung, auf der Flucht durch unser Land kommen. Viele suchen bei uns um Asyl an. Wir lassen uns in unseren eigenen Sorgen und Ängsten führen von der Erfahrung, dass Gott befreit und rettet. Wir bedauern es zutiefst, dass Menschen gezwungen werden, ihr Land zu verlassen. Als unsere Nächsten wollen wir sie in unserem Land willkommen heißen und ihnen unsere Hilfe zuteilwerden lassen. Darin steht unser Christsein vor einer enormen Herausforderung: Wir wollen sie annehmen und unsere Türen öffnen.*
- 2. Wir danken für die Welle an Hilfsbereitschaft, die durch unser Land geht und vertrauen nach wie vor den mitfühlenden Kräften einer wachen Zivilgesellschaft. Ebenso danken wir den verschiedenen Einsatzorganisationen und Behörden und wollen diese nach unseren Möglichkeiten bestens unterstützen. Unsere lange Tradition der Solidarität und Gastfreundschaft wird uns dabei helfen.*
- 3. Wir fordern den Staat auf, seine umfassende Verantwortung wahrzunehmen. Insbesondere erwarten wir geordnete Asylverfahren, die ohne Einschränkung rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen, sowie menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Schutzsuchenden.*
- 4. Wir weisen jede Form des Missbrauchs dieser humanitären Krise und der davon betroffenen Menschen zurück, wenn politische Parteien und Regierungen versuchen, aus den damit verbundenen Sorgen und Ängsten der Bevölkerung politisches Kapital zu schlagen. Mit Entschiedenheit wenden wir uns gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Hass, auch in den eigenen Reihen.*
- 5. Wir wissen, dass die Integration von Neuankömmlingen in unsere Gesellschaft viel und geduldige Arbeit bedeutet. Diese kann nur im Geist der Solidarität und der Zusammenarbeit getan werden. Als Kirche wollen wir mit unseren Mitteln beitragen, diese diakonische Arbeit zu bewältigen.*
- 6. Wir danken Gott für das Geschenk des Friedens in unserem Land und schauen mit großer Sorge auf die Ursachen der Flüchtlingsbewegungen. In diese Ursachen sind wir in unterschiedlicher Weise durch unseren Lebensstil verwickelt. Wir wollen unsere spirituellen und seelsorgerlichen Kräfte nutzen und zu einer Lebensart ermutigen, die Lebensgrundlagen für alle Menschen erhält und nicht zerstört.*

Polen ist seit 2004 Mitglied der EU und hat 38.486.000 Einwohner. Davon gehören 87 % der römisch-katholischen Kirche an. 10,6 % sind konfessionell ungebunden.

Die Flüchtlinge, die in Polen eintreffen, stammen bislang vornehmlich aus dem Osten – Ukrainer, aber auch Menschen aus anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Auf Polen entfielen 2014 nur 1,3 % der Asylanträge in der EU. Die Regierung, damals bestehend aus einer liberal-konservativen Koalition, zeigte sich zunächst gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen uneinig. Insbesondere gegenüber der Aufnahme von muslimischen Flüchtlingen war man skeptisch. Eine Ausnahme stellte die Aufnahme von 150 christlichen Syrern dar, die im Sommer 2015 nach Polen kamen und von einer privaten polnischen Hilfsorganisation unterstützt wurden. Im Herbst 2015 sagte die polnische Regierung zu, sie werde in den nächsten zwei Jahren freiwillig 7000 Flüchtlinge aufnehmen. Gegenüber einer verpflichtenden Verteilungsquote innerhalb der EU äußerte sich Ministerpräsidentin Ewa Kopacz jedoch, wie ihre Amtskollegen aus Ungarn, Tschechien und der Slowakei, äußerst skeptisch. Nach dem Sieg der nationalkonservativen PiS im Oktober 2015 sagte Polens neue Ministerpräsidentin Beata Szydło zu, die zuvor gemachte Zusage der Vorgängerregierung einzuhalten, jedoch nicht auszuweiten. Insgesamt spricht sie sich für eine Lösung der Flüchtlingskrise außerhalb der Grenzen der EU aus. Im Winter 2015 war es in einigen polnischen Städten zu Demonstrationen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus muslimischen Ländern gekommen. Nach den Terroranschlägen in Brüssel widerrief Ministerpräsidentin Beata Szydło die im Herbst 2015 getroffene Zusage in einem Interview öffentlich.

Im Rahmen der EU-weiten Umverteilung sollen auch in Polen 7.000 Menschen ein neues Zuhause finden – aber die Regierung versucht, das abzuwehren. Bevölkerung und Kirchenleute stehen vor allem der Aufnahme von muslimischen Flüchtlingen skeptisch gegenüber. Die rechtskonservativen Parteien versuchen, mit Ressentiments die Flüchtlingskrise für ihren Wahlkampf zu nutzen. Dabei stützen sie sich auch auf „christliche Werte“. Doch gerade die zu verteidigen, fällt schwer: Denn die katholische Kirche in Polen kämpft bei dieser Thematik nicht uneingeschränkt an ihrer Seite.

Vor der Initiative von Papst Franziskus zur Situation der Flüchtlinge fielen Polens Bischöfe im europäischen Flüchtlingsdrama vor allem durch Schweigen auf. Zwar sind mehr als neun Zehntel der Polen offiziell Katholiken. Gleichzeitig aber sind viele von ihnen Fremden gegenüber wenig aufgeschlossen. Die katholische Kirche, in welcher große Teile wieder auf mehr Einfluss im Staat hoffen, zeigt sich tatsächlich nicht als Anhängerin einer Aufnahme vieler Flüchtlinge.

Der katholische Erzbischof von Warschau, Henryk Hoser, hat sich skeptisch zu einer möglichen Aufnahme von muslimischen Flüchtlingen in Polen geäußert.

Portugal ist seit 1986 Mitglied der EU, hat 10.602.000 Einwohner, davon gehören 90,0 % der römisch-katholischen Kirche an. Nur 3,4 % sind konfessionell ungebunden.

Anders als viele vor allem osteuropäische Staaten zeigt Portugal Solidarität mit Deutschland in der Flüchtlingskrise. Lissabon verpflichtete sich dazu, knapp 4500 Flüchtlinge aufzunehmen. Doch bislang sind nur 150 angekommen. Die meisten Flüchtlinge wollen nach Deutschland oder Skandinavien. Das liegt auch an kriminellen Schleusern, die mit völlig falschen Bildern für eine Flucht nach Europa werben. Darin werden den Flüchtlingen eigene Wohnungen und Wohlstand in Deutschland versprochen.

„Wenn ein Flüchtling eintrifft, und alle Sicherheitsmaßnahmen sind gegeben, dann ist es klar, dass man ihm Zuflucht gewähren muss, weil das ein Gebot der Bibel ist“, sagte das Oberhaupt der Katholischen Kirche einem portugiesischen Radiosender. Die aktuelle Flüchtlingskrise sei nur die Spitze des Eisbergs. Ursache des Problems sei ein schlechtes und ungerechtes sozioökonomisches System. Das herrschende System stelle den Gott des Geldes, und nicht mehr den Menschen, in den Mittelpunkt.

115 kirchliche Institutionen haben sich in Portugal dazu bereit erklärt, Flüchtlinge unterzubringen. Unter den katholischen Institutionen sind diözesane Caritaseinrichtungen, religiöse Kongregationen und mit der katholischen Kirche verbundene Schulen und Vereinigungen. Die Kapazitäten zur Aufnahme von Flüchtlingen könnten später noch ausgeweitet werden.

Rumänien ist seit 2007 Mitglied der EU und hat 20.122.000 Einwohner. 86,7 % gehören der rumänisch-orthodoxen, 6,7 % der protestantischen und 5,6 % der römisch-katholischen Kirche, d.h. 99,0 % der Einwohner sind Mitglied einer christlichen Kirche. Nur 0,2 % sind konfessionell ungebunden.

Rumänien ist eines der ärmsten Länder der EU und hatte sich zunächst gegen die Zuweisung von Kontingenten gewehrt. Rumäniens Staatspräsident Klaus Johannis befürwortete unmittelbar vor dem EU–Türkei–Gipfel zwar Hilfeleistungen an die Türkei, damit diese zur Lösung der Flüchtlingsfrage beitragen könne, sprach sich aber gegen eine zwangsweise Verpflichtung der EU–Staaten zur Aufnahme von Flüchtlingen aus. Das Land hat sich aber inzwischen verpflichtet, nach dem Verteilschlüssel der EU insgesamt 6351 Flüchtlinge aufzunehmen, die sich bereits auf EU-Boden befinden. Wann diese Gesamtzahl erreicht wird, konnte die Immigrationsbehörde nicht sagen.

Insgesamt verfügt Rumänien derzeit über 950 Plätze in Flüchtlingsunterkünften. An einer Erweiterung der Aufnahmekapazität wird gearbeitet. Rumänien gehört nicht zu den Wunschzielen der meisten Flüchtlinge und lag bisher auch nicht auf der Haupttransitrouten des Flüchtlingszustroms nach Westeuropa.

Der evangelische Bischof des Landes plädierte für eine sachliche Debatte über die Aufnahme von Flüchtlingen. Rumänien gehöre zu den ärmsten Ländern Europas und sei deswegen schnell überfordert. Zudem stehe es vor der Herausforderung, Roma und die Flüchtlinge der vergangenen Jahre zu integrieren. Klar sei aber auch, dass das Land so viel wie möglich helfen wolle und müsse.

Aussagen der rumänisch-orthodoxen Kirche sind nicht bekannt. Staat und orthodoxe Kirche sind in Rumänien eng miteinander verwoben. Geistliche aller Konfessionen werden vom Staat bezahlt. So darf davon ausgegangen werden, dass die orthodoxe Kirche in der Flüchtlingsfrage die Linie des Staates vertritt.

Schweden ist seit 1995 Mitglied der EU und hat 9.747.000 Einwohner. 71,3 % sind Mitglied der protestantischen Kirche. 22,9 % sind konfessionell ungebunden.

Schweden war lange Zeit das Land mit der großzügigsten Asylpolitik und nahm bereits vor der Flüchtlingskrise viel mehr Flüchtlinge auf als jedes andere EU-Land. Im Jahr 2014 wurden dort 13 % der Asylträge in der EU registriert, insgesamt 81.300 Flüchtlinge. Die Flüchtlinge erhielten nach der Anerkennung eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung und konnten nach vier Jahren Aufenthalt die schwedische Staatsbürgerschaft erwerben. Auch bei der Wohnraumbeschaffung, der Familienzusammenführung und finanzieller Versorgung der Flüchtlinge wurde sehr großzügig verfahren. Doch bei der Reichstagswahl im September 2014 und in späteren Umfragen erreichte die rechtspopulistische Partei „Schwedendemokraten“ mehr als jede andere schwedische Partei. Die Rechtspopulisten warben als einzige Partei Schwedens dafür, weit weniger Flüchtlinge ins Land zu lassen als bisher, und wollen mit Anzeigen Flüchtlinge davon abhalten, ihre Flucht von der Türkei aus nach Schweden fortzusetzen. Am 11. November 2015 gab die Regierung Löfven bekannt, dass ab dem 12. November 2015 wieder Grenzkontrollen eingeführt würden. Von dieser Maßnahme, die zunächst auf zehn Tage befristet werden sollte, waren die Zug- und Autostraßen sowie die Fährverbindungen in Südschweden betroffen. Der Ministerpräsident erklärte, dass die Kapazitäten nun „überdehnt“ seien und Flüchtlinge, die sich bereits in Schweden befänden, auf andere EU-Länder verteilt werden müssten. Wegen der fehlenden Solidarität anderer EU-Länder war das Land an seine Grenzen gestoßen.

Das schwedische Parlament beschloss Mitte Dezember 2015 die bereits von Polizei und Transportunternehmen durchgeführten Passkontrollen auf den Fähren auf Busse und Züge, die aus Dänemark und Deutschland kommen, auszudehnen. Flüchtlingen ohne Dokumente wurde die Einreise nicht mehr erlaubt. Außerdem wurde beschlossen, dass Personen, die als Flüchtlinge anerkannt werden, fortan nur noch auf drei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnisse erteilt werden. Geplant wurde ferner die Einführung von zeitlichen Beschränkungen beim Familiennachzug und diesen nur noch zu gestatten, wenn ein Nachweis der finanziellen Selbstversorgung erbracht werden kann. Auch die drastisch angestiegene Zahl von unbegleiteten Minderjährigen soll durch medizinische Alterstests begrenzt werden. Seit dem 4. Januar 2016 muss sich jede Person ausweisen, die aus Dänemark nach Schweden einreisen möchte. Im Januar 2016 verkündete die Regierung Schwedens, dass das Land die Hälfte der 2015 aufgenommenen Personen abschieben werde.

In einem „Gemeinsamen Wort“ der Erzbischöfin der Kirche von Schweden und des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zur aktuellen Flüchtlingskrise heißt es:

„Ich bin fremd gewesen, und ihr habt mich aufgenommen“ (Mt 25,35)

Zurzeit sind weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren es nicht so viele. Die große Mehrzahl sucht Schutz im eigenen Land oder lebt in benachbarten Ländern, zum Teil in Flüchtlingslagern. Die Hälfte aller Flüchtlinge sind Kinder.

Vor 70 Jahren musste ein Europa in Ruinen mehr Menschen eine neue Heimat geben als ein relativ wohlsituiertes Europa heute. Damals gab es keine Wahl, aber es gab Hilfe von außerhalb. Heute meinen einige, wir hätten eine Wahl. Einige sorgen sich, dass die Belastungen durch Menschen auf der Flucht gerade unsere Länder zu hart treffen.

Als Bischöfe sehen wir in unseren Kirchen und Gesellschaften immer wieder beides: den festen Willen, flüchtenden Menschen Hilfe und neue Heimat zu geben, und die Unruhe, dass unsere Wohlfahrtssysteme dem dadurch entstehenden Druck nicht gewachsen sind.

Deshalb ist es uns wichtig, folgendes zu sagen:

Wir dürfen und können vor Menschen in Not unsere Augen nicht verschließen. Menschen in Not brauchen Hilfe. Die Bibel betont immer wieder die Verantwortung gerade für Fremde und Heimatlose. Jesus hat sich mit ihnen identifiziert: „Ich bin fremd gewesen, und ihr habt mich aufgenommen.“

In den vergangenen Wochen ist eine Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit aufgeblüht, die für uns und viele andere eine wunderbare Erfahrung ist.

Zäune aufzurichten, um den eigenen Wohlstand vor der Not der anderen zu schützen, kann für ein Europa, das sich auf christliche Grundorientierungen beruft, kein Weg sein. Denn Wohlstand verpflichtet.

Auf lange Sicht kann niemand seine eigene Menschenwürde bewahren, wenn gleichzeitig die Würde der Nachbarn mit Füßen getreten wird.

Frauen, Kinder und Männer, die vor Krieg und Gewalt fliehen, brauchen Schutz und die Möglichkeit, Heilung zu erfahren. Dafür ist materielle Hilfe ebenso wichtig wie psychosoziale Unterstützung. Wir können die Unheilsspirale durchbrechen, die durch traumatische Erlebnisse bei Einzelnen und ganzen Gruppen entsteht. Dafür ist die Erfahrung guter Nachbarschaft von entscheidender Bedeutung.

Mitmenschlichkeit ist eine der größten Stärken, über die wir Menschen verfügen. Ohne sie verarmt auch die reichste Gesellschaft. Zugleich beunruhigt uns die politische Entsolidarisierung in der Europäischen Union in dieser humanitären Notlage. Wir halten es für dringend notwendig – im wahrsten Sinne des Wortes: Not wendend – dass die Regierungschefs der Europäischen Union ihre Verhandlungen intensivieren und eine Einigung im Sinne der Schutzsuchenden in folgenden Punkten erzielen:

** Die Einrichtung von sicheren und legalen Zugangswegen, um zu verhindern, dass Menschen auf dem Weg nach Europa ausgenutzt werden oder ums Leben kommen. Dazu gehört auch die großzügige Einrichtung von Flüchtlingskontingenten. Ein weiteres Instrument sind humanitäre Visa, welche die EU-Botschaften im Ausland bewilligen können, um Menschen die reguläre Einreise in die EU zu ermöglichen, die Asyl beantragen möchten. Darüber hinaus muss es möglich sein, über Familienzusammenführungen und Stipendien für Studien nach Europa zu kommen.*

** Es muss dringend eine ernsthafte Einigung auf eine effektive europäische Flüchtlingspolitik erzielt werden. Solidarität und gemeinsame Verantwortung gehören zu den Grundlagen in der EU. Diese Prinzipien gelten nicht nur, wenn es um Wirtschaft und Finanzen geht, sondern auch und besonders, wenn es um Menschen geht. Die Schutzsuchenden, die in Europa ankommen, müssen in der gesamten EU mit Würde und Humanität behandelt werden.*

** Die Weltgemeinschaft muss sich in den Heimatländern der Fliehenden mit den Ursachen ihrer Flucht auseinandersetzen. Diplomatische Anstrengungen müssen von den Regierungen auf allen Ebenen intensiviert werden, um friedliche Lösungen beispielsweise in Syrien zu erreichen. Die Weltgemeinschaft muss dazu in der Lage sein, Terrorgruppen und Unterdrückern den Zugang zu Waffen und Geld zu sperren. In Diskussionen wird mitunter auf die Wahrung eines „christlichen Europa“ verwiesen. Dabei geht es in den seltensten Fällen um einen Aufruf zur Nächstenliebe. Vielmehr dient „das christliche Europa“ als Grund, zur Abgrenzung und Abschottung Europas aufzurufen. Das können wir nicht unwidersprochen lassen. Es gehört zum Grundbestand christlicher Werte, Menschen in Not die Tür zu öffnen. Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit dürfen in dieser humanitären Katastrophe auf unserem Kontinent nicht infrage stehen.*

Die **Slowakei** ist seit 2004 Mitglied der EU und hat 5.421.000 Einwohner. 77,2 % sind Mitglied der römisch-katholischen und 7,9 % der protestantische Kirche. 13,4 % konfessionell ungebunden.

Die **Regierung der Slowakei** wehrt sich, wie die von Polen und Ungarn, gegen verpflichtende Aufnahmequoten für Asylbewerber. Gemeinsam mit Ungarn reichte sie im Dezember 2015 beantragten in der Slowakei nur 169 Menschen Asyl, weitere 149 syrische Christen wurden aus humanitären Gründen direkt aus einem Flüchtlingslager im Irak eingeflogen. Gegen den Plan der Europäischen Union, in der EU angekommene Flüchtlinge nach einem festen Schlüssel auf die Mitgliedsländer zu verteilen, hatte die Slowakische Regierung im Dezember 2015 sogar gemeinsam mit Ungarn beim europäischen Gerichtshof Klage gegen eine EU-Flüchtlingsquote eingereicht. Ministerpräsident Fico betonte Ende Februar 2016, dass für sein Land jeder Flüchtling, der über Österreich oder Ungarn die Slowakei erreiche, ein illegaler Migrant sei. Das wirft ein Schlaglicht darauf, wie die Slowakei mit Flüchtlingen umgeht: Die Slowakei möchte möglichst keine Flüchtlinge im Land haben. Und wenn doch, dann nur Christen.

Auch viele Kirchen können sich kaum durchringen, nicht-christliche Schutzsuchende zu unterstützen. Die beiden großen christlichen Hilfswerke Caritas und Diakonie sammeln Geld- und Sachspenden für Flüchtlinge. Doch weil im Land selbst fast keine Asylbewerber leben, leiten sie die Hilfe überwiegend an Flüchtlingslager im Ausland weiter. Die Kirchen wiederum wollen ihre Hilfe nicht verweigern, wissen aber zugleich, dass die große Mehrheit in ihren Ländern gegenüber den Asylbewerbern skeptisch ist. Als z.B. ein katholischer Bischof Ende November 2015 vor die Presse trat, stand ihm die Anspannung ins Gesicht geschrieben. „Wir wollen auf keinen Fall Spannungen hervorrufen“, sagte er. Neben ihm hatte der slowakische Innenminister Robert Kalinak gerade verkündet, dass das Land 149 Flüchtlinge aufnehmen werde, allesamt Christen aus Syrien. Und dass die Kirche bereit sei, sie zu integrieren. „Sie kommen nur dorthin, wo sie von den Menschen auch aufgenommen werden“, sagte der Bischof.

Slowenien ist seit 2004 Mitglied der EU und hat 2.063.000 Einwohner. 57,8 % sind Mitglied römisch-katholischen und griechisch-katholischen Kirche. 33,0 % konfessionell ungebunden.

Slowenien wurde Mitte Oktober 2015 auf der „Balkanroute“ zum Zwischenziel der Flüchtlingsbewegung auf dem Weg nach Deutschland, nachdem Ungarn den Grenzzaun zu Kroatien geschlossen hatte. Kroatien begann die Flüchtlinge unkontrolliert und ohne Erfassung durch sein Gebiet nach Slowenien zu schleusen, bis die dortigen Behörden den Zugang zu ihrem Staatsgebiet auf 2.500 Personen am Tag beschränkten. Diese Personen erfasste man und leitete ebenso viele nach Österreich weiter.

Im Auffanglager an der Grenze bei Brežice setzten Flüchtlinge in Gegenwart slowenischer Polizei und Feuerwehr ihre Zeltunterkünfte in Brand, um auf eigene Faust Slowenien zu durchqueren und von dort nach Österreich weiterzuziehen. Sloweniens Regierungschef Cerar kündigte Ende Oktober eine Beschwerde bei der EU-Kommission über Kroatien an, das – trotz des slowenischen Verweises auf erschöpfte Kapazitäten – ständig weitere Flüchtlingsgruppen an die Grenze zu Slowenien transportiere.

Seit Ungarn seine Grenze geschlossen hat, führt die Hauptroute der Flüchtlinge als „Balkanroute“ bezeichnet, nach Deutschland über Kroatien und Slowenien. Im November 2015 begann die Regierung Sloweniens mit dem Bau eines Grenzzauns zu Kroatien.

Der Bischof der Evangelischen Kirche in Slowenien Geza Filo sagte vor Schließung der Grenzen nach Österreich: „Wir sehen täglich die Not. Das Bedürfnis nach jeder Art humanitärer Hilfe ist äußerst groß. Für ein kleines Land wie Slowenien ist diese Situation eine sehr große Belastung. Natürlich machen wir uns auch Sorgen, was geschieht, wenn Österreich die Grenze zumachen sollte.“

Die evangelische Hilfsorganisation „Podpornica“ hat bisher den Unterbringungszentren der Umgebung logistisch beim Transport der Flüchtlinge geholfen sowie warme Kleidung und Schuhe für Kinder und gesammelt. Für rund 2.000 Euro wurden zudem Wasser, Lebensmittel, Medikamente und Decken gekauft.

Spanien ist seit 1986 Mitglied der EU und hat 46.440.000 Einwohner. 92,0 % sind Mitglied der römisch-katholischen Kirche. Nur 6,87 % sind konfessionell ungebunden.

Spanien ist kein bedeutendes Einlasstor mehr für Migranten und Flüchtlinge nach Europa. An der Grenze der spanischen Nordafrika-Exklave Melilla ist die Lage ruhig. Seit mehr als drei Monaten gab es dort keinen Massenansturm mehr auf die Grenzzäune.

Doch die Flüchtlingsproblematik in der EU stieß bei Spaniens Regierung zunächst auf Skepsis. Jedoch unter dem Druck der katholischen und der evangelischen Kirche und vieler Städte hat Spanien seine zögerliche

Haltung aufgegeben. Das Land will mehr Flüchtlinge aufnehmen. Die Regierung warnt aber vor wirtschaftlichen Problemen.

Die katholische Kirche hat Druck auf die Regierung aufgebaut. Der Klerus tadelte die Regierung für ihre Antwort auf die Krise und richtete zugleich viele Kirchen und Klöster für die Aufnahme der Flüchtlinge ein.

Die kleine spanische evangelische Kirche ist so etwas wie die Hefe im großen Sauerteig der Hilfsorganisationen. In den Kirchen der spanischen evangelischen Kirche befinden sich Aufnahme- und Beratungseinrichtungen für Flüchtlinge, die meist aus Marokko, China, Lateinamerika, Afrika und gelegentlich auch aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Spanien kommen. Hier wird aus der Kraft des Evangeliums wie aus dem Gespür, Menschen in Not der Nächste zu sein, eine zivilgesellschaftliche Kultur sichtbar, die beispielhaft ist. Beeindruckend ist die problemlose Zusammenarbeit von kirchlichen mit den nichtkirchlichen NGOs.

Tschechien ist seit 2004 Mitglied der EU und hat 10.522.000 Einwohner. Nur 10,3 % sind Mitglied römisch-katholischen, 0,9 % einer protestantischen und 0,7 % einer orthodoxen Kirche. Jedoch sind 85,8 % konfessionell ungebunden. Entsprechend gering ist der Einfluss der Kirchen auf das gesellschaftliche Leben.

Die Regierung Tschechiens lehnt verpflichtende Aufnahmequoten für Asylbewerber ab. Man erklärte sich 2015 jedoch bereit, 150 Iraker christlichen Glaubens aufzunehmen. Nachdem sich jedoch 25 Personen aus dieser Gruppe im März 2016 aus Tschechien nach Deutschland absetzten, um dort Asyl zu beantragen, stellte die Regierung das Projekt ein. Man wolle sich nicht am „Reiseservice“ für Migranten beteiligen.

In der Flüchtlingskrise herrscht in Tschechien Frust. „Von dem Problem wissen wir schon länger. Auch über mögliche Hilfsaktionen reden wir an der Basis schon seit einiger Zeit. Aber unsere Bischöfe schweigen nach wie vor“, kritisieren Pfarrer in Kirchengemeinden. Der Generalsekretär der Bischofskonferenz, Tomas Holub, wird mit den Worten zitiert: „Vorrang für die Bischöfe haben die Wünsche und Bedürfnisse des Staates.“ Und Tschechien würde am liebsten gar keine Flüchtlinge aufnehmen. Gemeinsam mit der Slowakei plädiert die Regierung in Prag stattdessen für einen Korridor von Ungarn nach Deutschland, um die Flüchtlinge direkt „dorthin zu bringen, wo sie sowieso hinwollen“.

Doch die tschechischen Bischöfe sahen sich im September 2015 genötigt, eine Erklärung abzugeben, nachdem Papst Franziskus zur Solidarität mit den Flüchtlingen aufgerufen hatte. Sie fordern ihre Gläubigen unter anderem dazu auf, nicht ungeprüft Gerüchte über die Flüchtlinge zu verbreiten, weil das Extremisten in die Hände spiele. Doch einen Hinweis auf das Gebot der Nächstenliebe sucht man vergebens.

Die Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder, eine der größten Glaubensgemeinschaften im überwiegend säkularen Tschechien, äußerte sich kritisch gegenüber der Politik: „Tschechien fehlen moralische Autoritäten in der Politik, die in der Lage wären, den Menschen zu erklären, dass man den Flüchtlingen helfen muss“, hieß es in einer Erklärung des Synodalarats. Wenn jemand in Not gerate, müsse man helfen und „nicht in erster Linie überlegen, wie man solche Menschen loswird und sie aus dem Land vertreibt“.

Ungarn ist seit 2004 Mitglied der EU und hat 9.909.000 Einwohner. 54,5 % sind Mitglied der römisch-katholischen oder griechisch-katholischen und 18,9 % Mitglied einer protestantischen, zumeist einer calvinistischen Kirche. 24,0 % der Menschen sind konfessionell ungebunden.

Ungarn ist ein reines Transitland für Flüchtlinge, die zumeist aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und Afrika kommen. Bislang waren Fragen der Migration und des Asyls in den ungarischen öffentlichen Debatten nicht präsent. Doch seit dem Frühjahr 2015 fährt der rechtskonservative Ministerpräsident Viktor Orban einen scharfen fremdenfeindlichen Kurs. In einer sogenannten „Volksbefragung“ schürte er Ängste vor der Terrorgefahr, die angeblich von den Flüchtlingsströmen ausgehen würde. In einer breit angelegten Plakatkampagne wurden die Migranten als potenzielle Rechtsbrecher und Arbeitsplatzkonkurrenten dargestellt.

Auf Ungarn entfielen im Jahr 2014 insgesamt 6,8 % der Asylanträge in der EU, was rund 42.000 Antragstellern entspricht. Die Regierung unter Orban meldete aber bereits im Juni 2015 insgesamt 57.000 Menschen, welche die Grenzen nach Ungarn überquert hätten, und kündigte daraufhin den Bau eines Grenzzauns an, um den Schutz von Ungarns EU-Außengrenze zu gewährleisten. Im Juli 2015 meldete Frontex über 100.000 illegale Grenzübertritte. Die Zahlen hatten sich in Ungarn im Vergleich zum Vorjahr vervierfacht. Im August 2015 gab man bekannt, man könne die Tausende von Flüchtlingen, die man jeden Tag aufgreife, nicht mehr versorgen. Immer wieder kam es zu einem widersprüchlichen Umgang mit dem Dublin-Abkommen wie auch mit dem illegalen Transit durch Ungarn, da sich die ungarische Regierung darauf beruft, nicht das zuständige Erstaufnahmeland zu sein, weil alle Flüchtlinge aus Griechenland kämen und dorthin zurück gebracht werden müssten und die Flüchtlinge auch gar nicht in Ungarn Asyl wollten, sondern in Deutschland. Anfang September 2015 nannte Viktor Orbán die Flüchtlingskrise „kein europäisches, sondern ein deutsches Problem“. Man ermöglichte Ende August 2015 am Bahnhof in Budapest den Flüchtlingen, reguläre Fernzüge über Wien nach München oder Passau zu benutzen, stellte diese Praxis im September aber wieder ein. Orbans Flüchtlingspolitik wurde im November 2015 von etwa drei Vierteln der Ungarn gutgeheißen. Am 20. Februar 2016 kündigte der ungarische Innenminister an, Ungarns drei Eisenbahnübergänge zu Kroatien für 30 Tage zu schließen. Nach der Westbalkan-Konferenz im Februar 2016 schlossen die Teilnehmerstaaten Slowenien, Kroatien, Serbien und Mazedonien am 8./9. März 2016 ihre nationalen Grenzen für Einreisende ohne Visum und regelten damit die Westbalkanroute für den Flüchtlingsstrom nach Zentraleuropa faktisch ab. Die ungarische Regierung rief daraufhin am 9. März 2016 landesweit den Krisenzustand aus, in dem die ungarischen Polizei mehr Rechte hat und dichtere Personenkontrollen durchführen darf. Bereits im September 2015 hatte Ungarn in den grenznahen Landesbezirken den Krisenzustand ausgerufen als aus den Nachbarländern Serbien und Kroatien täglich tausende Flüchtlinge ins Land kamen. Außerdem begann Ungarn mit Vorbereitungen zur Abriegelung der Grenze nach Rumänien. Ungarns Grenzen zu Serbien und Kroatien sind bereits mit Zäunen abgesperrt.

Die Ungarische Bischofskonferenz der katholischen Kirche erklärte nach dem Appell des Papstes, Pfarreien und katholische Einrichtungen für Flüchtlinge zu öffnen, die Kirche werde diesem Wunsch „mit Freude und bereitwillig“

nachkommen. Das tat sie, obwohl ihr klar war, dass sie dabei mit dem Gesetz in Konflikt geraten könnte. Doch Ungarns Primas, Kardinal Peter Erdő sagte, die komplizierte und sich ständig verändernde Rechtslage verbiete es Kirchen, Quartiere für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. „Wenn sie es dennoch täten, wären sie Menschenschlepper.“ Man führe aber Verhandlungen mit der Regierung und hoffe auf eine rasche Lösung. Zwar leisten auch in Ungarn kirchliche Organisationen wie die Caritas Flüchtlingshilfe. Insgesamt tue die Kirche aber zu wenig, meinte der Bischof Miklos Beer. Zu lange habe man zu dem Problem geschwiegen. „Das tut mir weh, und ich schäme mich dafür. Wir reagieren viel zu langsam,“ auch wenn die offiziellen Kirchenspitzen Bereitschaft zur Flüchtlingshilfe signalisieren. Vor offener Kritik am Kurs ihrer Regierung scheuen sie aber zurück. Er sehe ein, „dass wir diesen Flüchtlingsstrom irgendwie bremsen müssen, damit wir mit der Situation umgehen können“, räumt Bischof Beer ein. Ministerpräsident Orban habe „sehr weise“ gesagt, der Zaun werde nur gebaut, „damit die Menschen legal durch die Tür reinkommen und nicht illegal durch das Fenster“. Und der katholische Bischof Dr. László Kiss-Rigó, hatte sich mit äußerst klaren Worten gegen Äußerungen von Papst Franziskus gewandt: „Das sind keine Flüchtlinge. Es handelt sich um eine Invasion. Diese Leute kommen mit dem Ruf ‚Allahu Akbar‘ hierher nach Ungarn, also in ein überwiegend katholisches Land. Sie wollen hier die Kontrolle übernehmen, verhalten sich arrogant und zynisch, verweigern die Entgegennahme von Lebensmitteln aus der Hand von Helfern, die das Zeichen des Roten Kreuzes tragen und hinterlassen überall Schmutz und Abfälle. Zudem haben viele von ihnen wesentlich mehr Geld als die meisten Leute hierzulande. Diese Überflutung Europas durch Moslems stellt eine echte Gefahr für die universellen christlichen Werte des Kontinents dar.“ Den Grund für diese Haltung bringt der evangelisch-lutherische Bischof Tama Fabiny auf den Punkt: Ungarns Regierung erwarte von den Kirchen „bedingungslose Treue“. Das habe auch finanzielle Gründe, denn letztlich hingen die Kirchen doch von staatlichen Geldern ab.

Das **Vereinigte Königreich Großbritannien** ist seit 1973 Mitglied der EU und hat 64.597.000 Einwohner. 45,0 % sind Mitglied der anglikanischen, 19,0 % einer protestantischen und 10,0 % der römisch-katholischen Kirche. 23,3 % sind konfessionell ungebunden.

Anders, als die jüngsten Schlagzeilen um den Eurotunnel vermuten lassen, kommen vergleichsweise wenig Flüchtlinge nach Großbritannien. 2014 wurden der nationalen Statistikbehörde zufolge knapp 25.000 Asylanträge gestellt. Die meisten Flüchtlinge kamen aus Eritrea, Pakistan, Syrien und dem Iran. Viele Flüchtlinge hoffen auf einen Job, da die Arbeitslosenquote mit rund 5,5 % im Vergleich zu südeuropäischen Ländern niedrig ist. Wer einen Asylantrag stellt, hat Anrecht auf eine Unterbringung, meist aber nicht in den Ballungszentren.

Wie viele Einwanderer ohne Aufenthaltserlaubnis in Großbritannien leben, ist nicht bekannt. Es gibt keine Meldepflicht. Das macht vielen Migranten Hoffnung, relativ leicht unterzutauchen und schwarz arbeiten zu können. Eine Schätzung geht von etwa 618.000 Menschen aus, die illegal im Land leben, davon 70 % in London. Auf das Vereinigte Königreich entfielen 2014 insgesamt 5,1 % der Asylanträge in der EU. Großbritannien hat sich bereiterklärt, in den nächsten fünf Jahren insgesamt 20.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Der Staat stand der Zuwanderung durch Asylsuchende skeptisch gegenüber und beteiligte sich beispielsweise nicht an der Rettungsaktion der europäischen Marinen für Bootsflüchtlinge im Mittelmeer, weil man befürchtete, dass das nur den Nachzug von noch mehr Flüchtlingen nach sich zöge.

Über 3.000 Flüchtlinge errichteten bei Calais ein illegales Lager als Ausgangspunkt für selten erfolgreiche Versuche, den Ärmelkanal auf Lastwagen durch den Eurotunnel zu überqueren. Die britische Regierung reagierte mit einem Ausbau der Tunnelsicherung. Im August 2015 beklagte die Innenministerin, dass das Schengen-Abkommen, an dem Großbritannien nicht teilnimmt, mit seinem grenzenlosen Verkehr innerhalb Europas die Flüchtlingskrise verschärft habe, und kritisierte die Europäische Kommission, die von diesem System nicht abrücken wolle. Premierminister Cameron hatte unter innenpolitischem Druck von Zuwanderungsgegnern zunächst versprochen, nicht mehr als 1.000 Syrer aufzunehmen. Weiteren 5.000 Menschen, die sich aus Syrien auf eigene Faust nach Großbritannien durchgeschlagen hatten, hatte man jedoch Asyl gewährt. Ein britisches Gericht gab einer Klage von Menschenrechtslobbyisten statt und setzte das Dublin-III-Abkommen außer Kraft. Flüchtlinge mit Verwandten im Vereinigten Königreich sollen nun aus dem Flüchtlingslager bei Calais in Frankreich einreisen dürfen, obwohl sie in Frankreich keinen Asylantrag gestellt haben.

Alle Kirchen fordern Menschlichkeit. Doch öffentliche kirchliche Stellungnahmen zur Flüchtlingsfrage wirken undifferenziert, weil weder zwischen Flüchtlingen und Wohlstandsmigranten unterschieden wird, noch zwischen Christen, Moslems und Angehörigen anderer Religionen, wie das die Regierung fordert.

Pünktlich zur Weihnachtszeit 2015 plante die anglikanische Kirche, mit einem Kinospot für die Hilfe für Flüchtlinge und das Vaterunser zu werben. Doch die Filmtheater weigerten sich teilweise, den Werbespot zu zeigen, mit dem Argument, der Spot könnte Kinogänger „aufregen und beleidigen“ und weil er religiöse Gefühle von Moslems und Gefühle von Atheisten verletzen könnte.

Zypern ist seit 2004 Mitglied der EU und hat 1.120.000 Einwohner. 77,0 % sind Mitglied der orthodoxen, 1,0 % der römisch-katholischen oder griechisch-katholischen und 0,4 % der protestantischen Kirche. 21 % sind Muslime. Nur 0,4 % sind konfessionell ungebunden.

Tausende Flüchtlinge machen sich auf den Weg nach Europa. Sie treffen auf Schleuser und Grenzzäune, auf Ablehnung und Hass, aber auch auf hilfsbereite Menschen. Trotz aller Risiken und Vorbehalte machen sich täglich tausende Menschen aus Afrika oder aus dem Bürgerkriegsland Syrien auf den Weg nach Europa und benutzen dabei Zypern als Zwischenstation. Seit Beginn des Jahres 2015 sind nach Uno-Angaben bereits mehr als 224.000 Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Europa gelangt. Und viele Menschen, die die Reise auf seentüchtigen Schiffen über das Mittelmeer nicht überlebten, fanden auf der Insel Zypern ihre letzte Ruhestätte. Oft leisten die Behörden auf der Mittelmeerinsel Zypern Rettungsaktionen für in Seenot geratene Flüchtlingsboote mit vielen Menschen an Bord darunter vor allem Frauen und Kinder.

Zyperns Kirchen bringen die lebenden Flüchtlinge vor ihrer Weiterreise nach Europa in Notunterkünften unter und sorgen dafür, dass die im Mittelmeer Ertrunkenen eine menschenwürdige Beerdigung erhalten. Doch die britische Regierung will verhindern, dass ihre Gebiete auf der Insel Zypern zum Ziel von Flüchtlingen werden, die nach England wollen, und stellt die Menschen vor die Wahl, entweder Zypern um Asyl zu ersuchen oder in ihre jeweiligen Heimatländer zurückgebracht zu werden.

Staaten außerhalb der EU

Die **USA** nahmen bis September 2015 ca. 1.500 Flüchtlinge aus Syrien auf. 2016 ist die Aufnahme von 10.000 Flüchtlingen geplant. Die Anti-Terror-Gesetze der USA schreiben vor, dass Flüchtlinge aus Gebieten, in denen islamistische Terrorgruppen aktiv sind, umfangreich überprüft werden, was bis zu zwei Jahre dauern kann. Damit soll verhindert werden, dass Extremisten als Flüchtlinge getarnt in die USA gelangen. Nach den Terroranschlägen von Paris am 13. November 2015 haben die Gouverneure von 26 US-Bundesstaaten angekündigt, die Umsiedlung von 10.000 Syrern nicht mitzutragen. Das Repräsentantenhaus hat mit Zweidrittelmehrheit einem Gesetzentwurf zugestimmt, der im Falle einer Annahme auch durch den Senat den Zuzug von Syrern praktisch unmöglich machen würde. Nach dem Gesetzentwurf dürften nur solche Syrer einreisen, denen sowohl das FBI als auch das Heimatschutzministerium und der Geheimdienstdirektor bescheinigen, dass sie keine Gefahr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten darstellen.

Der Kirchenpräsident der US-amerikanischen evangelischen Kirche United Church Of Christ (UCC) hat die US-amerikanische Regierung eindringlich gebeten, mehr Verantwortung in der Flüchtlingskrise insbesondere für Hilfesuchende aus dem Nahen und Mittleren Osten zu übernehmen.

Die katholische Kirche beklagt die Abschiebepolitik der US-Regierung, denn die Aktionen stünden in starkem Kontrast zu den Präsidenten-Vorgaben.

Australien, das aufgrund seines Resettlement-Programms jährlich 13.750 Flüchtlinge aus aller Welt neu ansiedelt, erklärte sich im September 2015 bereit, zusätzlich 12.000 Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern in der Türkei, dem Libanon und Jordanien aufzunehmen. Der Hauptfokus soll dabei auf Angehörige von Minderheiten sowie auf Frauen, Kinder und Familien gelegt werden. Seit 2013 zwingt Australien Boote mit Flüchtlingen rigoros zur Umkehr, niemandem wird es gestattet, an Land zu gehen. Immer wieder ertrinken deshalb Menschen oder müssen unter unwürdigen Umständen in den asiatischen Anrainerstaaten leben.

Die Anglikanischen Kirchen in Australien bieten mehr als 250 Flüchtlingen Kirchenasyl. „Wir sind entsetzt darüber, wie Asylsuchende behandelt werden, vor allem über das Trauma, dem die Kinder ausgesetzt sind“, ist die einhellige Meinung der Kirchen. Die Einwanderer sollen in ein weit entferntes Übersee-Lager abgeschoben werden. Der Einwanderungsminister Peter Dutton ließ sich von der Haltung der Kirche nicht beeindruckt. Sie hätte ein Recht auf ihre Meinung, stünde aber nicht über dem Gesetz des Landes.

Kanadas regierende konservative Partei hatte 2013 zugesagt, bis Ende 2018 insgesamt 11.300 syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Bis August 2015 betrug deren Anzahl ca. 2.500. Unter dem Eindruck der zunehmenden Flüchtlingskrise kündigte die Regierung die Aufnahme 10.000 zusätzlicher Flüchtlinge an. Die im September 2015 neu gewählte liberale Regierung Kanadas sagte bis Ende 2015 die Aufnahme von 25.000 Syrern zu. Der Aufnahmeplan der neugewählten liberalen Regierung sieht vor, nur Frauen, Kinder und Familien aufzunehmen. Alleinreisende Männer werden aus Sicherheitsgründen nicht aufgenommen. Bis zum Jahresende 2015 wurden 20.000, bis Januar 2016 insgesamt 26.000 von kanadischen Behörden vor Ort ausgesuchte Syrer aufgenommen. Sie wurden von der Türkei, Jordanien und dem Libanon direkt nach Toronto und Montreal eingeflogen und vorerst vorwiegend auf Militärbasen untergebracht.

Eine große Zahl anglikanischer und lutherischer Gemeindeglieder sind bereit, Flüchtlinge gastfreundlich aufzunehmen. Gleichzeitig betonen beide Kirchen jedoch, wichtig sei die Arbeit ihrer Organisationen in den Konfliktgebieten weltweit.

„Wir möchten Ihnen ans Herz legen: Vergessen Sie die Flüchtlinge weltweit nicht. „Syrische Flüchtlinge finden inzwischen internationale Aufmerksamkeit, aber Flüchtlinge gibt es überall auf der Welt.“

In **Russland** halten sich ca. 12.000 Menschen auf. Die russischen Behörden haben in der ersten H 1.585 Menschen aus Syrien sogenanntes temporäres (zeitlich begrenztes) Asyl gewährt, welches jedes Jahr wieder verlängert werden muss. 16 bis 20 % der Asylbescheide werden Schätzungen zufolge nicht verlängert, wodurch sich die entsprechenden Personen unerlaubt in Russland aufhalten. Durch Russland verlief ebenfalls eine alternative Flüchtlingsroute, so mieteten sich syrische Flüchtlinge Fahrräder, um über den Grenzübergang Storskog nach Norwegen zu gelangen. Doch dieser Grenzübergang wurde ebenfalls für Flüchtlinge geschlossen. Im Land sollen sich aber auch etwa 310.000 Flüchtlinge aus der Ukraine aufhalten. Russlands Ministerpräsident Medwedew meinte im Februar 2016 zur europäischen Flüchtlingspolitik: „Die europäische Migrationspolitik ist völlig gescheitert. Alles ist ganz furchtbar.“ Er verwies insbesondere auf die Sicherheitsrisiken der unkontrollierten Migrationsbewegungen in die Europäische Union.

Die Russische Orthodoxe Kirche hat eine Unterkunft für Flüchtlinge aus der Ukraine eröffnet. Wie weit sie jedoch auch Flüchtlingen aus arabischen Ländern hilft, ist nicht bekannt. Ebenso hilft die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA nicht nur in der Ukraine, sondern arbeitet eng mit der Kirche der Sieben-Tags-Adventisten in Russland zusammen, um ukrainischen Flüchtlingen, die nach den Unruhen nach Russland geflohen seien, mit Unterkunft, Nahrungsmitteln, Medikamenten und Hygieneartikeln zu unterstützen.

Nachbemerkungen

Outsourcing für Flüchtlinge!

Das Wort Outsourcing kennen wir erst seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Es kommt aus dem Englischen und bedeutet Auslagerung oder Ausgliederung. „Nach außen verlegen“ heißt es im Duden. Seit Menschengedenken wird nach außen verlegt. Im Mittelalter wurden Selbstmörder, zum Tode Verurteilte, im Gefängnis Verstorbene und oft auch bekennende Atheisten außerhalb des eingezäunten Friedhofs beerdigt. Sie wurden nach außen verlegt. In den hinter uns liegenden Jahrhunderten wurden für die Gesellschaft unbequeme Menschen nach außen verlegt. Man wollte das Elend, die menschliche Not, nicht sehen. So musste sich z.B. Johann Hinrich Wichern mit den schwierigen Jugendlichen im Rauhen Haus vor den Toren Hamburgs ansiedeln oder Friedrich von Bodelschwingh mit den behinderten und epileptischen Menschen in Bethel vor den Toren Bielefelds. In den 60er Jahren begann die Industrie damit, ganze Produktionsstränge ins Ausland auszulagern. In den 80er Jahren begann man mit der Fremdvergabe von Dienstleistungen im sozialen Bereich und übernahm dafür aus dem Englischen das Wort Outsourcing.

Alles, was für die Gesellschaft unbequem ist, wird ausgegliedert, „outgesourct“, nach außen verlegt. Und nun hat die Europäische Union auch das Flüchtlingsproblem nach außen, in die Türkei verlegt. Man scheute sich nicht, hierüber mit dem türkischen Präsidenten Erdogan zu verhandeln. Ein Lokalpolitiker aus Norddeutschland sagte hierzu: „Um Hitler zu beseitigen, haben die Alliierten auch mit Stalin paktiert.“ Und der Präsident des europäischen Parlaments Martin Schulz meinte in einem Fernsehinterview, dieser Vertrag wäre nicht notwendig geworden, wenn sich alle Staaten der EU verpflichtet hätten, ein bestimmtes Kontingent an Flüchtlingen in ihrem Land aufzunehmen.

Die Zahl der Menschen, welche ihre Heimat wegen Krieg oder Terror verlassen müssen, wird durch den Vertrag zwischen der EU und der Türkei nicht geringer werden. Nur die Zahl derer, die es bis nach Europa schaffen, wird verringert. Doch solange es nicht gelingt, die Ursachen dafür, dass Menschen flüchten müssen, zu beseitigen, wird sich an der Massenflucht nichts ändern.

Deshalb heißt es zu Recht in der Stellungnahme der EKD vom 22.01.2016:

„Die EKD wendet sich gegen die Vorstellung einer Abschottung Europas. Wir würden unsere eigenen Werte verraten, wenn wir einen solchen Weg gingen. Unser Verantwortungshorizont endet nicht an den eigenen Grenzen. Lösungswege sind die Beseitigung der Fluchtursachen, die zugesagte Unterstützung der Nachbarländer in Krisenregionen, die Verbesserung der Bedingungen in den Flüchtlingslagern und geordnete Aufnahmeverfahren.

Zweifelloos ist die Situation in Deutschland und in Europa ernst. Es wäre aber schädlich, sie schlechter und instabiler zu reden, als sie ist. Die Stabilität der staatlichen Institutionen ist hoch. Ebenso hoch ist in der Bevölkerung die Bereitschaft, sich den Herausforderungen zu stellen und sich auch persönlich zu engagieren.“

Und die Flüchtlingsbeauftragte der Nordkirche, Pastorin Dietlind Jochims, gab am 06.03.2016 in einem Radio-Interview zu bedenken, dass es sein kann, dass wir auch 2016 wieder über eine Million Flüchtlinge aufnehmen müssen, wenn es nicht gelingt, die Fluchtursachen zu beseitigen. Aber es wagt sich kaum jemand, das auszusprechen.

Seit der ehemalige Bundespräsident in seiner Rede am 3. Oktober 2010 sagte „der Islam gehört zu Deutschland“, ist die Debatte um diese Aussage nicht verstummt.

Der Psychologe Ahmad Mansour, selbst Moslem, fordert in seinem Buch „Generation Allah - Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen“ eine tiefgreifende Reform des Islam: *„Kontraproduktiv ist es, undifferenziert davon zu sprechen, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Das tut er nicht. Ein Islamverständnis, das mit den Werten der Demokratie vereinbar ist, gehört zu Deutschland. Muslime gehören zu Deutschland. Nicht aber das ideologisch aufgeladene Islamverständnis.“*

Der politische Kabarettist Urban Priol sagte einmal: „Die Europäische Union hat über 500 Millionen Einwohner. Wenn jedes Jahr eine Million muslimische Flüchtlinge zu uns kommen, braucht es 500 Jahre, bis Europa zu 50 Prozent muslimisch ist. Und davor haben wir Angst.“

In der Tat hat man den Eindruck, dass viele Menschen sich mehr vor einer „Islamisierung des Abendlandes“ ängstigen, als vor einer Infiltration durch rassistisches, fremdenfeindliches, nationalistisches oder rechtes Gedankengut.

Im November 1989 fielen in Deutschland Grenzzäune und Mauern und brachte Menschen Freiheit. Nun müssen wir alles dafür tun, dass auch die neu errichteten Grenzzäune und Mauern zwischen den Staaten Europas und um Europa herum wieder fallen, mit denen sich Europa vor dem Rest der Welt eingegelt hat. Das Elend der Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, lässt sich nur beheben, wenn die Ursachen beseitigt werden.

*Und dennoch sind da Mauern zwischen Menschen
Und nur durch Gitter sehen wir uns an.
Unser versklavtes Ich ist ein Gefängnis*

*Und ist gebaut aus Steinen unsrer Angst.
Herr, deine Liebe ist wie Gras und Ufer,
wie Wind und Weite und wie ein Zuhause.
(Anders Frostenson)*